

DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

DIE LGBTI-BEWEGUNG IN ZYPERN

Aktivismus, Rechte und Wandel über
die Spaltung hinweg

**Nayia Kamenou, Enver Ethemmer,
Costa Gavrielides, Okan Bullici**
Bericht 2019



Dieser Bericht analysiert das Ausmaß, in dem LGBTI-Personen in beiden Teilen Zyperns Rechte und Nichtdiskriminierung genießen können.



Die Anerkennung der LGBTI-Community als ein legitimer politischer Akteur und die Anerkennung ihrer Rechte waren ein langsamer und schwieriger Prozess in beiden Teilen Zyperns.



Der EU-Beitrittsprozess der Republik Zypern, die darauffolgende Europäisierung und weitere Transnationalisierungsprozesse haben die Rahmenbedingungen für Fortschritte verbessert.

Inhaltsverzeichnis

I.	EINFÜHRUNG	3
II.	ENTKRIMINALISIERUNG DER HOMOSEXUALITÄT IN ZYPERN	4
	Schritte in der Republik Zypern	4
	Entkriminalisierung im Norden – das letzte europäische Territorium, das Homosexualität entkriminalisierte	4
III.	GRÜNDUNG DER ZYPRISCHEN LGBTI-ZIVILGESELLSCHAFT	7
	Süden	7
	Norden	8
IV.	MIT VEREINTEN KRÄFTEN – GEMEINSAME ARBEIT	10
	Dezember 2010: Solidaritäts- und Netzwerkkonferenz	10
	Oktober 2012: „Auf dem Weg zur Inklusion: Gesundheitsversorgung, Bildung und die LGBT-Gemeinschaft“	10
	Zypern Pride 2014	11
	Gemeinsame Treffen und Veranstaltungen	11
	Regenbogentreffen	11
	Oktober 2019: United By Colors	12
V.	BESTEHENDER RECHTSRAHMEN	13
	Internationaler Maßstab - ILGA-Europe Jährlicher Regenbogen-Index	13
	Breakdown of Legal Rights in Each Side Based on ILGA-Europe Criteria	13
	1. Gleichheit und Nichtdiskriminierung	13
	2. Familie	14
	3. Hasskriminalität & Hassrede	15
	4. Rechtliche Anerkennung des Geschlechts & körperliche Integrität	15
	5. Zivilgesellschaftlicher Raum	16
	6. Asylrecht	16

VI.	NÄCHSTE SCHRITTE FÜR DIE GLEICHBERECHTIGUNG VON LGBTI-PERSONEN	17
	1. Trans- und Intersex-Rechte – Rechtliche Anerkennung des Geschlechts	17
	2. Trans- und Intersex-Rechte – Bereitstellung von operativen Eingriffen zur Geschlechtsumwandlung durch den Staat	18
	3. In-vitro-Fertilisation (IVF)	18
	4. Gleichgeschlechtliche Ehe	18
	5. Adoption	18
	6. Homophobe und transphobe Hassreden und Hasskriminalität	18
	7. Beschäftigung	19
	8. Erzwungene „Konversionstherapie“	19
	9. Psychische Gesundheit	19
	10. Schule und Ausbildung	19
	11. Wehrdienst	19
VII.	SCHLUSSBEMERKUNGEN UND FAZIT	20
	Anhang I	22
	Anhang II	22
	Quellenangaben	23
	Über die Autoren	25

I

EINFÜHRUNG

Nach dem Ende der britischen Herrschaft in Zypern 1960 war die Anerkennung der Gemeinschaft der Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen (LGBTI) als legitimer politischer Spieler und die Anerkennung der LGBTI-Rechte ein langsamer und schwieriger Prozess auf beiden Seiten der Insel. Die vorherrschende nationalistische Politik, die das Zypern-Problem seit den 1960er Jahren als ethnische Frage betonte, hat die Mobilisierung der Zivilgesellschaft in anderen Fragen – einschließlich Fragen der Sexualität und non-konformes Geschlechterverhalten – behindert, die im Vergleich zum „Zypern-Problem“ als weniger politisch wichtig, wenn nicht gar als unpolitisch eingestuft wurden. Nationalistische Diskurse sind eher in postkolonialen, ethnisch geteilten und konfliktreichen Kontexten attraktiv, wie z. B. in Zypern, wo die politische gewollte Notwendigkeit einer einheitlichen nationalen Identität besonders hoch ist. Zyperns historische Wende – und die Diskurse der britischen Kolonialherren, die interethnischen Hass und Nationalismus schürten und zum ersten Mal die sexuelle und geschlechtsspezifische Nonkonformität auf der Insel diskreditierten – haben Heterozentrismus und Zissexualismus zur absoluten Voraussetzung für die Einheit der ethnischen Gemeinschaften gegenüber inneren und äußeren Feinden gemacht, während Heterozentrismus und Zissexualismus die rechtlichen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Mechanismen der Regulierung und Hierarchisierung des Lebens auf beiden Seiten der Spaltung untermauert haben (Kamenou, 2011; Kamenou, 2012; Kamenou, 2016; Kamenou, 2019a; Kamenou, 2019b; Kamenou, 2020).

Ursprünglich aus dem Criminal Law Amendment Act 1885 des Vereinigten Königreichs übernommen, wurden im Strafgesetzbuch (Kapitel 154), das die neu gegründete Republik Zypern (RZ) reglementierte, in den Artikeln 171 bis 173 Homosexualität und einvernehmliche sexuelle Handlungen zwischen Männern unter Strafe gestellt und geächtet.¹ Nach der Errichtung der türkisch-zyprischen Verwaltung im Jahr 1975 wurde dasselbe Strafgesetzbuch ohne Änderungen in das türkisch-zyprische Strafgesetzbuch übernommen.² In der Türkischen Republik Nordzypern³ blieb Absatz 154, Artikel

171 bis 173, ohne Änderungen bestehen. Auch im Süden wurde im Zusammenhang mit gleichgeschlechtlichen sexuellen Handlungen die Umsetzung der Labouchere-Änderung im Criminal Law Amendment Act 1885 durch die britischen Kolonialherren bis in die späten 1990er-Jahre intakt gelassen.

Allerdings haben auch in Zypern die Perspektive auf die Aufnahme in die Europäische Union (EU) und die damit verbundene Europäisierung und andere Transnationalisierungsprozesse die Aussichten für politischen Veränderungen verbessert. (Helfferich & Kolb, 2001; Marks & McAdam, 1999). Diese Veränderungen erleichterten die inselweite Mobilisierung von LGBTI-Gruppen und die Bildung von Bündnissen und gemeinsamen Aktivitäten zwischen griechisch-zyprischen und türkisch-zyprischen LGBTI-Organisationen (Kamenou, 2011; Kamenou, 2012; Kamenou, 2016; Kamenou, 2019a; Kamenou, 2020).

ihn die internationale Gemeinschaft als das kommunale Oberhaupt der türkischen Zypriern. Da die Regierung der Republik Zypern als Regierung der gesamten Insel international anerkannt bleibt, gilt die gesamte Insel als Mitglied der Europäischen Union. Allerdings ist der gemeinschaftliche Rechtsbestand in Nordzypern bis zu einer politischen Lösung des Zypernproblems ausgesetzt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrags).

1 Siehe Anhang I.

2 Siehe Anhang II.

3 Die Türkische Republik Nordzypern (TRNC) wird nur von der Republik Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zypriern Mustafa Akinci als Präsident der TRNC fungiert, betrachtet

II

ENTKRIMINALISIERUNG DER HOMOSEXUALITÄT IN ZYPERN

SCHRITTE IN DER REPUBLIK ZYPERN

Anfang der Achtzigerjahre beschloss Alecos Modinos, ein griechisch-zyprischer Aktivist für Schwulenrechte, die diskriminierenden Bestimmungen des zyprischen Strafgesetzbuchs anzufechten. Aufgrund der Priorisierung der Lösung des Zypernproblems und des LGBTI-feindlichen Umfelds, das eine kollektive Mobilisierung behinderte, setzte sich erfolglos Modinos für die Entkriminalisierung gleichgeschlechtlichen Sexualverhaltens ein. Da keine politische Partei bereit war, sein Anliegen zu unterstützen, reichte Modinos am 25. Mai 1989 unter Berufung auf das in Artikel 25 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) in der Fassung von vor 1998 vorgesehene Recht auf Individualbeschwerde einen Antrag bei der Europäischen Menschenrechtskommission ein und machte geltend, dass die Beibehaltung der Bestimmungen des Strafgesetzbuchs der Republik Zypern, die private homosexuelle Beziehungen unter Strafe stellten, einen un gerechtfertigten Eingriff in sein Recht auf Achtung des Privatlebens gemäß Artikel 8 der Konvention darstelle. Anschließend verwies die Kommission die Angelegenheit an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), was am 22. April 1993 zu einem Urteil zugunsten des Klägers führte (Case of Modinos v. Cyprus, 1993).

Die Entkriminalisierung gleichgeschlechtlicher sexueller Kontakte war nicht mehr zu vermeiden, da der Europarat die Republik Zypern gewarnt hatte, die Nichtbeachtung des EGMR-Urteils würde zum Ausschluss Zyperns führen und die Durchsetzung eines Urteils von 1996 über die türkische Intervention und Besetzung gefährden. Daraufhin war das Parlament der Republik Zypern am 21. Mai 1998 gezwungen, gleichgeschlechtliche sexuelle Kontakte gegen den heftigen Widerstand der orthodoxen Kirche Zyperns zu entkriminalisieren, nur wenige Tage vor dem 29. Mai 1998, dem Termin, den der Europarat der Republik Zypern (RZ) gesetzt hatte, um der vom EGMR angeordneten Maßnahme nachzukommen (PlanetOut, 1998). Es ist wichtig zu erwähnen, dass 11 der 56 Parlamentsmitglieder aus Protest gegen die Abstimmung den Plenarsaal verließen, wobei sich einige den Demonstranten vor dem Parlament anschlossen. Das Gesetz wurde schließlich mit 36 Stimmen bei 8 Gegenstimmen verabschiedet. Wichtig ist auch, dass es weitere zwei Jahre dauerte, bis absichtlich verletzend Begriffe, die homosexuelle Beziehungen beschreiben – „unnatürliche Zügellosigkeit“ – aus der neuen Gesetzgebung entfernt wurden und das erst

nach weiteren Drohungen des Europarates. Im Jahr 2002 entfernte das Parlament einen weiteren strittigen Punkt, indem es das Mündigkeitsalter für Heterosexuelle und Homosexuelle auf 17 Jahre festlegte. Zuvor galten heterosexuelle Paare ab 16 Jahren als einwilligende Erwachsene, während Homosexuelle warten mussten, bis sie 18 Jahre alt waren, um nicht gesetzwidrig zu handeln (Evrpidou, 2013; Kamenou, 2011; Kamenou, 2012; Kamenou, 2016).

ENTKRIMINALISIERUNG IM NORDEN – DAS LETZTE EUROPÄISCHE TERRITORIUM, DAS HOMOSEXUALITÄT ENTKRIMINALISIERTE

In dem unter türkisch-zyprischer Verwaltung stehenden Gebiet im Norden der Insel dauerte der Wandel noch länger. Gleichgeschlechtliches Sexualverhalten wurde erst 2014 entkriminalisiert, wodurch der nördliche Teil Zyperns zum letzten europäischen Landstrich wurde, in dem Homosexualität rechtlich als „unnatürliche Zügellosigkeit“ definiert und „Sodomie“ mit Gefängnis bestraft wurde.

Die Dynamik, die entstand, als die Republik Zypern im März 1998 offiziell mit der Aushandlung ihres Beitritts zur Europäischen Union begann, mit der Aussicht auf einen Beitritt im Jahr 2004, eröffnete auch die Aussicht auf eine Wiedervereinigung der Insel (Featherstone, 2000). Ziel war der Beitritt Zyperns zur Europäischen Union als vereintes Land im Rahmen des von den Vereinten Nationen vorgeschlagenen umfassenden Annan-Plans zur Beilegung des Konflikts. Die Aussicht auf den EU-Beitritt hatte eine transformierende Wirkung auf die türkisch-zyprische Gesellschaft. Da der Teil der Insel, der unter türkisch-zyprischer Verwaltung stand, rechtlich nicht als staatliche Einheit anerkannt wurde, konnte er nicht voll in die internationale Gemeinschaft eingebunden werden. Der Norden war daher nicht in der Lage, mit den internationalen politischen, rechtlichen, sozialen und kulturellen Veränderungen Schritt zu halten. Daher bot die Zeit vor dem Referendum zum Annan-Plan einen fruchtbaren Boden für die Umsetzung von Veränderungen und Transformationen. (Diez & Tocci, 2009)

Große Kundgebungen und politische Demonstrationen forderten den Sturz des alten Regimes und die Wiedervereinigung der Insel, die die türkisch-zyprische Gemeinschaft nä-

her an die EU und die internationale Gemeinschaft bringen und politische und rechtliche Institutionen und Prozesse demokratisieren würde (Kyriz, 2011). In Anbetracht dieser günstigen Voraussetzungen für Veränderungen stellten zivilgesellschaftliche Organisationen den Status quo infrage und forderten Veränderungen und mehr Gleichberechtigung und Rechte für Gruppen wie Frauen, Behinderte, die LGBTI-Gemeinschaft und andere Randgruppen (Human Dignity Trust, 2019). Dies führte zur Gründung der ersten Frauenrechtsorganisation namens Feminist Atelier (FEMA). Die FEMA hatte sich für Genderfragen und LGBTI-Rechte eingesetzt und gilt als erste organisierte rechtsbasierte Bewegung für LGBTI-Rechte im Norden.

Es entstanden auch andere neue zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für Gleichberechtigung und Menschenrechte in Bezug auf sexuelle Orientierung, Gender-Identität und Geschlechtsmerkmale einsetzten und wegweisende Gesetzesänderungen forderten. Im Jahr 2008 beantragte die Initiative gegen Homophobie (HOKI) die Aufhebung der Paragraphen 171, 172 und 173 des Strafgesetzbuchs zusammen mit einem Beschluss von Fatma Ekenoglu, der damaligen Sprecherin des nordzyprischen Parlamentes, und erklärte, dass die Regeln „den Hauptrahmen für die Regelung der Diskriminierung der sexuellen Ausrichtung bilden und seit der britischen Kolonialzeit nicht mehr überarbeitet wurden“ (Johnson, 2012). Außerdem besuchte Michael Cashman, der damalige Mitvorsitzende der LGBTI-Intergruppe des Europäischen Parlaments, im Februar 2009 den Norden und sprach auf einem von HOKI organisierten Seminar mit dem Titel „Die Rolle der EU und die LGBTI-Rechte“ (Human Dignity Trust, 2019).

Trotz der Bemühungen der Zivilgesellschaft um LGBTI-Gleichstellung, die von einigen einflussreichen internationalen politischen Akteuren unterstützt wurden, wurde die Verfolgung homosexueller Männer fortgesetzt. Im Jahr 2010 wurden zwei Männer gemäß Strafgesetzbuch 154, Abschnitt 171, festgenommen. Im Juli 2011 wurden zwei weitere Männer nach § 171 verhaftet, denen vorgeworfen wurde, „sexuelle Handlungen gegen die natürliche Ordnung“ begangen zu haben. Im Oktober 2011 wurden drei Männer, von denen einer ein ehemaliger Minister der Republik Zypern war, festgenommen und wegen „unnatürlichen Verkehrs“ inhaftiert. HOKI warnte vor den Festnahmen, die zu Protesten von Mitgliedern des Europäischen Parlaments führten. Michael Cashman forderte die Freilassung derjenigen, die gemäß Artikel 154 des Strafgesetzbuchs festgenommen und inhaftiert wurden. Unmittelbar nach diesen Vorfällen, am 25. Oktober, ergriff der Vorsitzende der Sozialistischen Demokratischen Partei (TDP) die Initiative und die TDP legte der Versammlung einen Gesetzentwurf zur Reform des Strafgesetzbuchs vor (Kibris Postasi, 2011).

Im Jahr 2011 setzte sich Marina Yannakoudakis, die Mitglied der Hochrangigen Kontaktgruppe des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zur türkisch-zyprischen Gemeinschaft war, für die Entkriminalisierung der Homosexualität in Nordzypern ein und besuchte die Insel, wo sie mit den wichtigsten politischen Parteien und dem türkisch-zyprischen

Führer Derwisch Eroğlu sprach. Yannakoudakis erhielt von Eroğlu die Zusicherung, dass er die Kriminalisierung der Homosexualität aufheben werde (Yannakoudakis, 2013).

Daraufhin wurde der Versammlung ein Vorschlag zur Änderung des Strafgesetzbuchs von 1959 vorgelegt, der im Erfolgsfall die Paragraphen 171 bis 173 aufheben und einige der anderen Mängel in den Bestimmungen über die Sexualstraftat beseitigen würde. Dies ging einher mit Zusagen zur Unterstützung und öffentlichen Verpflichtungen zur Reform des Gesetzes. Leider war dieser frühe Versuch, das Gesetz zu reformieren, erfolglos.

Im Januar 2012 einigte sich der EGMR darauf, einen Rechtsstreit zwischen H.Ç und der Türkei zu prüfen (H.Ç. v. Turkey, 2014). Der Kläger hat die Regierung der Türkei als zuständige Behörde in Nordzypern mit der Begründung verklagt, dass die Europäische Menschenrechtskonvention, der die Türkei beigetreten ist, die Kriminalisierung der sexuellen Orientierung aufgrund des Rechts auf Privatsphäre und Familienleben, der Freiheit von Diskriminierung und der Freiheit von unmenschlicher und erniedrigender Behandlung verbietet.

Im Februar 2012 wurden zwei Männer gemäß Artikel 154, Abschnitt 171 verhaftet, was zu einem Protest des damaligen Mitvorsitzenden der Intergruppe für LGBT-Rechte des Europäischen Parlaments, Michael Cashman, führte, der im April 2012 die Insel besuchte. Cashman traf sich mit lokalen Nichtregierungsorganisationen (NROs) und hochrangigen Politikern, um über die Aufhebung der homophoben britischen Kolonialgesetze zu sprechen und um Druck auf das Parlament auszuüben, die vorgeschlagenen Änderungen des Gesetzes zu verabschieden (Jenkin, 2012). Yannakoudakis besuchte die Insel 2013 erneut, um die Bemühungen zur Verabschiedung des Gesetzes zur Entkriminalisierung der Homosexualität wiederzubeleben. Durch Druck auf die Behörden im Norden war Yannakoudakis maßgeblich daran beteiligt, das schwulenfeindliche Gesetz endgültig aufzuheben (LGBT+ Conservatives, 2013).

Die Verabschiedung der Reformen zwischen 2013 und 2014 lässt sich am besten als diskontinuierlich beschreiben, wobei Regierungswechsel sowohl die Aussetzung als auch die Wiederbelebung des Reformgesetzes zur Folge hatten. Der Erfolg der Republikanischen Türkischen Partei (CTP) als Sieger der Parlamentswahlen im Juli 2013 erwies sich als entscheidend für die Wiederbelebung der Reformbemühungen der Abgeordneten im Dezember 2013. Insbesondere drei CTP-Parteivertreter – Frau Derya, Frau Özdenefe und Herr Erhürman – spielten eine wichtige Rolle bei der Verabschiedung des Strafgesetzbuchgesetzes 20/2014 („Reformgesetz“) bis Februar 2014. Zu diesem Zeitpunkt schien der Weg zu den bedeutenden Reformen des Jahres 2014 von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst und geleitet worden zu sein, insbesondere vom politischen Klima und dem Entstehen einer aktiven Zivilgesellschaft.

Der historische und politische Kontext Nordzyperns hat in den letzten Jahren zweifellos ein reformfreundliches und offenes Umfeld geschaffen. Die wichtigsten Triebkräfte der Re-

form, durch welche sie fest und beständig auf die legislative Agenda gesetzt wurden, waren die Bemühungen und die Strategie der einheimischen Zivilgesellschaft, d. h. der LGBTI-Aktivisten und -Organisationen, der Menschenrechtsorganisationen und ihrer Unterstützer. Der politische Wille und das damalige Klima waren auch sehr einflussreiche Faktoren für die Durchsetzung der Veränderungen im Jahr 2014. Weitere wichtige Elemente waren das Engagement von und mit der europäischen und internationalen Gemeinschaft, Rechtsstreitigkeiten vor dem EGMR, die Durchführung der Änderungen als Teil eines Reformpakets und das Fehlen einer organisierten Opposition von Glaubensgruppen (Human Dignity Trust, 2019).

III

GRÜNDUNG DER ZYPRISCHEN LGBTI-ZIVILGESELLSCHAFT

Nach der Unabhängigkeit von Großbritannien waren Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Volksgruppen in Bezug auf die Staatsführung festzustellen. In Bezug auf beide ethnischen Volksgruppen ließen das Vorherrschen von Nationalismus und auf Ethnizität basierenden Identitätskonzeptionen keine anderen persönlichen Identitäten aufkommen. Die Ereignisse von 1963 und 1974 heizten nationalistische Haltungen in einem solchen Ausmaß an, dass es als Anathema angesehen wurde, über Themen wie Menschenrechte und Diskriminierung zu sprechen, wenn diese nicht unmittelbar auf Fragen der ethno-nationalen Identität ausgerichtet waren. Besonders deutlich wurde dies nach den Ereignissen von 1974, als selbst das Reden über die Rechte von Angehörigen der LGBTI-Community angesichts der schrecklichen Probleme der intern Vertriebenen aus beiden Gemeinschaften und der Angehörigen der Verschwundenen empörend, geschmacklos und geradezu unmoralisch erschien. Mit der starken Spaltung der Bevölkerung im Norden und Süden konnte die Zivilgesellschaft zwangsläufig nur inter-ethnisch agieren. Die Zusammenarbeit in Fragen, die nicht ausschließlich mit dem Zypernproblem zu tun hatten, war begrenzt (Kamenou, 2011; Kamenou, 2012; Kamenou, 2016; Kamenou, 2019a; Kamenou, 2019b; Kamenou, 2020).

SÜDEN

In der Republik Zypern hat die orthodoxe Kirche historisch eine zentrale Rolle im sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben des Landes eingenommen. Außerdem hat sie durch ihre Politik und ihren Dialog die nationale Identität der griechischen Zyprioten als geschlechts- und sexualitätsessentialistische Identität maßgeblich mitgestaltet. Angesichts des sehr starken Einflusses der Kirche war es für Menschen der LGBTI-Community fast unmöglich, sich zu outen, ohne sowohl sozial als auch finanziell ernsthaft beeinträchtigt zu werden, da sie sich bald aus der Familie und dem Rest der Gesellschaft verdrängt sehen würden (Kamenou, 2011; Kamenou, 2012; Kamenou, 2019b; Kamenou, 2020).

Nach 1974 dauerte es viele Jahre, bis die LGBTI-Community begann, sich gemeinschaftlich zu organisieren. Der erste große Schritt erfolgte am 10. Dezember 1987, am Internationalen Tag der Menschenrechte, mit der Gründung des Gay Liberation Movements (AKOK) durch Alecos Modinos (Polycarpou, 2010). Die AKOK konnte sich jedoch nie offiziell

registrieren lassen und als staatlich anerkannte Einrichtung agieren, da es laut Modinos nicht möglich war, 20 zwingend erforderliche Mitglieder zu finden, die bereit waren, sich bei den Behörden registrieren zu lassen, obwohl sie der International Gay and Lesbian Association (ILGA) als Mitgliedsorganisation beigetreten ist. Die Gruppe traf sich in privaten Räumen und besprach alltägliche Probleme der schwulen Gemeinschaft und versuchte, Wege der Unterstützung zu finden, einschließlich der Einrichtung der LGBTI-Unterstützungs-Hotline „Gay Phone Line“ (Kamenou, 2012; Kamenou, 2020).

Der EU-Beitritt im Jahr 2004 zwang die RZ zur Angleichung der nationalen Gesetzgebung an die regionale Gesetzgebung in Bezug auf das Recht der Bürger auf Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz, einschließlich der Rechte der sexuellen Orientierung. Trotz einiger positiver Gesetzesänderungen blieben die staatlichen Ansätze in Bezug auf die Menschenrechte jedoch begrenzt, da der Begriff „Menschenrechtsverletzungen“ nach wie vor in erster Linie für die Beschwerden stand, die die griechischen Zyprioten infolge der Ereignisse von 1974 erlitten (Kamenou, 2011; Kamenou, 2012; Kamenou, 2016; Kamenou, 2019a; Kamenou, 2019b; Kamenou, 2020).

Mit der Unterstützung der EU-Institutionen und innerhalb eines verbesserten Rechtsrahmens konnte sich die zypriote Zivilgesellschaft leichter neu erfinden und lokale und internationale Allianzen bilden (ebenda). In diesem Kontext und mit der Unterstützung bereits etablierter NROs – und insbesondere der Cyprus Family Planning Association (CFPA) – begann eine neue Generation von LGBTI-Aktivist:innen bei informellen Treffen, die im November 2009 begannen, nach Wegen zu suchen, um die Rechte der Gemeinschaft zu fördern (Mantis, 2014).

Die CFPA war maßgeblich am Aufbau der LGBTI-Organisation beteiligt, die durch einen Aufruf zu einem Dokumentationsprojekt, der von ILGA-Europe – der europäischen Region von ILGA World – eröffnet wurde, gefördert wurde. Es wurde als der *7. Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen für den Dokumentationsfonds für Menschenrechtsverletzungen* bezeichnet. Der Fund unterstützte kleine und mittelgroße Projekte, unterstützte die Erstellung von Berichten über die LGBTI-Situation im Jahr 2010 finanziell, die potenziell für die Unterstützung von LGBTI-Forderungen genutzt werden können. (ILGA-Europe, 2009).

Die ILGA-Europa forderte die aktive Teilnahme von LGBTI-Gruppen zur Finanzierung dieses Projekts. Die CFPA half daher, zyprische LGBTI-Aktivist:innen aus dem Süden zu versammeln, und bewarb sich bis Dezember 2009 um dieses kleine Projekt. Dies geschah zusammen mit der noch anonymen Gruppe von LGBTI-Aktivist:innen – welche in der Bewerbung einfach als „LGBTCY“ bezeichnet wurde (ILGA-Europa, 2009). Die CFPA erstellte einen Bericht, einen der wenigen, an denen zyprische LGBTI-Personen damals aktiv beteiligt waren, mit dem Titel *„Sexuelle Orientierung in Zypern: Darstellung des sozialpolitischen Klimas, der Erfahrungen und Bedürfnisse“* (Kapsou, et al., 2011). Der Bericht wurde später mit finanzieller Unterstützung der ILGA-Europa gedruckt, im Parlament vorgestellt und als Referenz für verschiedene Befürwortungs-Schritte herangezogen.

Auf dieser Grundlage und auch mit Unterstützung mehrerer anderer Verbündeter begann die LGBTI-Gruppe mit ihrer Organisation und beschloss im Laufe des Jahres 2010 in mehreren Sitzungen, die Gruppe offiziell als erste LGBTI-Gruppe in der RZ zu registrieren, und erarbeitete die Satzung der damaligen Accept – LGBT Zypern (Accept).⁴ Accept reichte seinen Registrierungsantrag am 26. Oktober 2010 bei den Behörden ein und erhielt schließlich am 8. September 2011 die Genehmigung zur Registrierung als NRO („Somation“). Die Genehmigung war kein unkomplizierter Prozess, da der Staat mehrere möglicherweise betroffene Interessengruppen, darunter die Kirche von Zypern, um Stellungnahme ersuchte, was die Gruppe verärgerte und dazu führte, dass die politischen Verbündeten um Unterstützung gebeten wurden, um ihre Bewerbung voranzutreiben (Kamenou, 2016).

NORDEN

Nach dem Ausgang des Annan-Plan-Referendums 2004 und dem gescheiterten Versuch der Wiedervereinigung begann die lokale Zivilgesellschaft, sich um persönliche Rechte herum zu organisieren. Im Jahr 2007 wurde Homofobiye Karşı İnsiyatif, Initiative gegen Homophobie (HOKI) als erste LGBTI-Organisation der Insel gegründet, die sich gegen Homophobie und für die Abschaffung der Kriminalisierung von Homosexualität im Norden einsetzt. HOKI kooperierte zunächst mit der FEMA, einer feministischen Organisation, die sich hauptsächlich für den Schutz der Rechte der Frau einsetzt. Dies geschah zunächst durch die Teilnahme an der Demonstration zum Internationalen Frauentag am 8. März, wodurch die Wahrnehmung von LGBTI-Rechten auf diese Weise gesteigert wurde. Beide Organisationen verstärkten schrittweise ihre Zusammenarbeit, um gemeinsam für die Entkriminalisierung der Homosexualität zu kämpfen. Im Jahr 2012 änderte HOKI seinen Namen in Queer Cyprus Association (QCA). QCA setzt sich hauptsächlich für die Abschaffung der Kriminalisierung von Homosexualität im Strafgesetzbuch, die Auf-

klärung über die Rechte von LGBTI und die Entwicklung internationaler und europäischer Verbindungen und Netzwerke ein.

Shortbus Movement ist eine im Jahr 2008 gegründete Organisation, die sich für LGBTI-Rechte einsetzt. Es war eine zivilgesellschaftliche Initiative, bestehend aus Menschenrechtsaktivist:innen und engagierten Freiwilligen, die glauben, dass alle Menschen gleich sind, unabhängig von sexueller Orientierung, Gender-Identität, Geschlecht oder einem anderen Status. Die Gruppe hatte zum Ziel, alle individuellen oder organisatorischen Aktivitäten der türkisch-zyprischen LGBTI-Gemeinschaft zu unterstützen. Die Ziele von Shortbus Movement umfassten die Stärkung und Mobilisierung der Mitglieder der LGBTI-Gemeinschaft durch die Erhöhung des Bewusstseins durch den Austausch relevanter Informationen, die Bereitstellung von Informations-, Bildungs-, psychologischen und juristischen Dienstleistungen für die LGBTI-Gemeinschaft und die Organisation sowie Unterstützung von thematischen Kulturveranstaltungen zu LGBTI, Geschlechtergleichstellung und Menschenrechten – z. B. organisierte es queere Filmabende sowie Informations- und Netzwerkveranstaltungen.

Die Envision Diversity Association (Envision) wurde 2015 mit den gleichen Zielen gegründet – nämlich die Förderung von Diversität, Menschenrechten und der intersektionalen Gleichberechtigung der Geschlechter und der Sexualität. Envision arbeitet aktiv in den Bereichen psychische Gesundheit, sexuelle Gesundheit, Aufklärung über die Rechte von LGBTI-Personen. Die Organisation tritt zudem für die Rechte von Transsexuellen ein. Envision hat zwei Symposien über die psychische Gesundheit von LGBTI-Personen, Schulungen über Sexualität und Gender für Universitätsstudenten, öffentliche Seminare über die Rechte der LGBTI-Personen und andere ähnliche Aktivitäten organisiert. Im Folgenden sind einige bemerkenswerte Aktivitäten aufgeführt, die von diesen und anderen Gruppen organisiert wurden, die sich mit LGBTI-Rechten im Norden befassen:

- a. 2007: Die FEMA, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Anwälte und Aktivist:innen gründeten HOKI im Gebäude der Gewerkschaft der Grundschullehrer.
- b. 2008: Shortbus veranstaltet Filmvorführungen im ersten LGBTI-freundlichen Veranstaltungsort, Cadı Kazan. Gezeigt wurden die ersten LGBTI-Filme, die jemals im Norden Zyperns präsentiert wurden.
- c. Die Famagusta Youth Organization (MAGEM) veranstaltete einen Filmabend, in dem der Dokumentarfilm *„My Child“* gezeigt wurde, in welchem die Eltern von LGBTI-Personen in der Türkei über ihre persönlichen Erfahrungen berichten. Diese Eltern waren Mitglieder von LGBTI-Familien in Istanbul (LISTAG), einer freiwilligen Unterstützungs- und Solidaritätsgruppe für Familien und Freunde von LGBTI-Personen in Istanbul seit Januar 2008. Während der Dokumentarfilmvorführungen konnten viele Familien miteinander interagieren und gemeinsame Erfahrungen austauschen. Darüber hinaus boten die Vorführungen LGBTI-Personen und ihren Familien die Möglichkeit, untereinander Netzwerke zu bilden.

⁴ Die Gruppe wurde später in Accept - LGBTI Cyprus umbenannt, um die Notwendigkeit zu verdeutlichen, auch die Intersex-Gemeinschaft zu berücksichtigen, in Anlehnung an die Richtlinien von ILGA-Europa, der in Brüssel ansässigen paneuropäischen LGBTI-Organisation.

- d. 2010-2012: Im Jahr 2010 organisierte HOKI in Zusammenarbeit mit Accept und ILGA-Europe eine internationale Konferenz mit dem Titel „Solidarity and Networking Conference Cyprus 2010“, die von der Journalists Union ausgerichtet wurde. Die Veranstaltung betonte, dass Homosexualität im Norden gesetzlich unter Strafe gestellt wird und unterstrich, dass die Kriminalisierung von Homosexualität eine Verletzung der Menschenrechte darstellt. Im Juli 2011 wurden zwei Männer verhaftet und des „unnatürlichen Verkehrs“ angeklagt. HOKI machte den Fall öffentlich und andere folgten dem Beispiel, darunter LGBTI-Organisationen in Griechenland, Malta, der Türkei, Albanien und Zypern, die HOKI unterstützten und die Forderung nach einer Gesetzesänderung bekräftigten. HOKI argumentierte auch, dass die Medien im Norden in ihrer Berichterstattung Hassgefühle normalisierten und homophobe Berichte und Kommentare an die Öffentlichkeit weitergaben. Im Jahr 2011 veranstalteten HOKI und Accept in Nikosia die Familienausstellung „Different Families, Same Love“ der ILGA-Europe. Über die Eröffnung der Veranstaltung berichteten eine Reihe von Medien, darunter das Staatsfernsehen. Die Ausstellung wurde von der Presse positiv aufgenommen und zeigte der Öffentlichkeit verschiedene und positive Aspekte der LGBTI-Community.
- e. 2015-2018: Envision Diversity wurde gegründet, um durch einen intersektionellen Ansatz an weiter gefassten Themen wie Sexualität, Gender und Menschenrechte zu arbeiten. Envision hat in verschiedenen Bereichen gearbeitet, vor allem in den Bereichen sexuelle Gesundheit, geschlechtsspezifische Gewalt und LGBTI-Rechte.

Sexuelles Gesundheitsbewusstsein war eines der Hauptziele von Envision Diversity. Dies wurde durch eine Videokampagne zur Bewusstseinsbildung vorangetrieben, die online veröffentlicht wurde. Darüber hinaus wurden Flugblätter zur sexuellen Gesundheit verfasst und an die Öffentlichkeit verteilt, und es wurden mehrere Besuche an Gymnasien durchgeführt, um die Schüler über sexuelle Gesundheit zu informieren. In den folgenden Jahren organisierte Envision Diversity in Zusammenarbeit mit der türkischen Arbeitsgruppe für Psychologiestudenten ein Symposium über psychische Gesundheit, das ein eintägiges Seminar über Sexualität und psychische Gesundheit von LGBTI-Personen sowie einen Workshop über psychodramatische Phänomene mit dem Schwerpunkt sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität (SOGI) umfasste (Envision Diversity, 2018).

Im Jahr 2016 schlug Envision dem Bildungsministerium ein Pilotprojekt vor, um den Dokumentarfilm *My Child* zu zeigen und eine Reihe von SOGI-Modulen in fünf Gymnasien in fünf verschiedenen Bezirken anzubieten. Der Vorschlag wurde vom Ministerium abgelehnt, ohne dass eine angemessene Erklärung abgegeben wurde, die über die vage Feststellung hinausging, dass der Vorschlag unangemessen sei und nicht den festgelegten moralischen Maßstäben entspreche. Envision leitete den Fall dann an das Büro des Bürgerbeauftragten weiter, das entschied, dass dies eine grobe Diskriminierung ist und empfahl dem Bildungsministerium, unverzüglich Maßnahmen und Schritte einzuleiten, um die Situation zu

korrigieren. Darüber hinaus wurde empfohlen, Sexualerziehung und SOGI-Kurse und -Module in den Lehrplan für die Sekundarstufe aufzunehmen (Ombudsman, 2017).

Im Juni 2017 erinnerte Envision in Zusammenarbeit mit dem Post Research Institute an den Stonewall-Aufstand mit einem ereignisreichen Tag, an dem u. a. die türkisch-zyprische Schauspielerinnen und Aktivistin Oya Akin live von den Erfahrungen einer Familie erzählte, deren Kind als sich als Trans-Frau outete. Im Jahr 2017 veranstaltete Envision außerdem mehrere Ausstellungen zum Thema „One Love“ in der Home Gallery und in Bedesten in Nikosia, von denen eine von Espen Barth Eide, dem ehemaligen Sonderberater des UN-Generalsekretärs für Zypern, besucht wurde.

Zusammenfassend hat Envision in Zusammenarbeit mit lokalen Behörden – wie der Gemeinde Kyrenia und der türkischen Gemeinde Nikosia – und Universitäten in verschiedenen Städten – wie der Girne American University und der Middle East Technical University – eine Vielzahl von Veranstaltungen zur Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit organisiert. Weitere Envision-Aktivitäten zu SOGI umfassten ein Symposium im Oktober 2018, öffentliche Seminare und Bewusstseinsbildungs-Workshops an Universitäten. Envision organisierte auch das German Queer Film Festival in Zusammenarbeit mit der Deutschen Botschaft. (Kıbrıs Gazetesi, 2018).

Darüber hinaus hat die Queer Cyprus Association im November 2017 ein Projekt namens „Unspeakable“ durchgeführt. Ziel des Projekts war es, den Dialog im Norden Zyperns zu Fragen der Rechte von LGBTI-Personen zu stärken. Das zweijährige Projekt wird von der Europäischen Union im Rahmen des Programms „Zyprische Zivilgesellschaft in Aktion“ unterstützt und vom Cyprus Community Media Center in Zusammenarbeit mit der Thomson Foundation und der Queer Cyprus Association durchgeführt. (Queer Cyprus, 2017).

IV

MIT VEREINTEN KRÄFTEN – GEMEINSAME ARBEIT

Mit einer bereits etablierten zivilgesellschaftlichen LGBTI-Bewegung im Norden begann die Zusammenarbeit mit der organisierten LGBTI-Bewegung im Süden mit der Gründung von Accept – LGBTI Cyprus im Jahr 2009. In Zypern, wie auch anderswo, hat das mehrstufige Grundrechtsschutzsystem in Europa die politischen Möglichkeiten für nationale und transnationale Mobilisierung rund um das Thema Sexual- und Geschlechtergleichstellung unter dem Dach von transnationalen NROs, verbessert. Von besonderer Wichtigkeit war hier die ILGA-Europe, die AktivistInnen dabei unterstützen, ihre Sache auf nationaler Ebene über Brüssel voranzutreiben (Kamenou, 2012; Kamenou, 2016; Kamenou, 2019b; Kamenou, 2019b).

DEZEMBER 2010: SOLIDARITÄTS- UND NETZWERKKONFERENZ

Im Oktober 2009 hielt die ILGA-Europe ihre jährliche europäische Konferenz in Malta ab. Dort wurde Alecos Modinos von der internationalen Organisation für seinen aktiven Beitrag zur europäischen LGBTI-Bewegung gewürdigt. Auf dieser Veranstaltung wurde der Beschluss gefasst, ein regionales Mittelmeer-Netzwerk innerhalb der ILGA-Europa einzurichten – eine Initiative der maltesischen LGBTI-Gruppen auf der Konferenz.

Ursprünglich waren die Länder in diesem Netzwerk Malta, Griechenland, Albanien und die Türkei. In den Monaten nach der Konferenz, nach der Gründung von Accept – LGBTI Cyprus (Accept), luden die maltesischen LGBTI-Gruppen die zyprischen LGBTI-Gruppen Accept und HOKI ein, an einem bevorstehenden Netzwerktreffen für alle internationalen Organisationen in Zypern Ende 2010 teilzunehmen, da dies die zyprische LGBTI-Bewegung unterstützen sollte.

Accept und HOKI hatten mehrere Treffen zur Planung der Veranstaltung und entschlossen sich, die Gelegenheit zu nutzen und das Treffen so offen wie möglich für die Teilnahme zu gestalten. Das Ziel war es, die Aufmerksamkeit und die Unterstützung der lokalen Akteure zu fördern. Die beiden Organisationen wandten sich mit der Bitte um Unterstützung an die Vertretung der Europäischen Kommission in Zypern und das Büro des Europäischen Parlaments in Zypern, die praktische Hilfe anboten, vor allem durch die kostenlose Durchführung der Veranstaltung im EU-Haus in Nikosia und die öffentliche Unterstützung der EU-Institutionen für die

Rechte der LGBTI-Gemeinschaft in Zypern. Als Veranstaltungsort war das EU-Haus ein sicherer Ort, an dem sich die Organisationen treffen konnten und der die Behörden auf beiden Seiten dazu brachte, die Veranstaltung ernst zu nehmen.

Im Dezember 2010 fand die Veranstaltung „Solidaritäts- und Netzwerkkonferenz Zypern 2010“ als erste gemeinsame Veranstaltung der beiden Organisationen statt. Die Veranstaltung war sehr erfolgreich und trug dazu bei, das Bewusstsein für die LGBTI-Gemeinschaft in ganz Zypern zu stärken. Im Süden war das Hauptziel, die Registrierung von Accept durch die Behörden voranzutreiben und den Dialog für eingetragene Lebenspartnerschaften zu eröffnen. Im Norden fand eine Pressekonferenz statt, an der sowohl ILGA-Europe als auch Accept teilnahmen, um die Notwendigkeit der Entkriminalisierung zur Sprache zu bringen.

OKTOBER 2012: „AUF DEM WEG ZUR INKLUSION: GESUNDHEITSVERSORGUNG, BILDUNG UND DIE LGBT-GEMEINSCHAFT“

Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen wurde fortgesetzt und die nächste große Veranstaltung, die von Accept mitorganisiert und in Queer Cyprus umbenannt wurde, war eine bikommunale Konferenz. Möglich wurde dies durch die finanzielle und organisatorische Unterstützung der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika (USA) in Zypern. Mit dem Titel „Auf dem Weg zur Inklusion: Gesundheitsversorgung, Bildung und die LGBT-Gemeinschaft“ zielte die Konferenz in erster Linie darauf ab, das öffentliche Bewusstsein zu stärken und die Fähigkeiten von Fachkräften des Gesundheitswesens wie Ärzten, Krankenschwestern, Psychologen und Sozialarbeitern sowie von Pädagogen in formalen und nicht formalen Bildungskontexten wie Lehrern, Universitätsakademikern, Sozialwissenschaftlern und Studenten hinsichtlich ihrer Interaktion mit der LGBTI-Gemeinschaft in Zypern in den Bereichen Gesundheitsversorgung und Bildung zu erweitern (Accept – LGBTI Cyprus & Queer Cyprus, 2012). Die Konferenz wurde in der Pufferzone im Home for Cooperation in englischer Sprache abgehalten. Die Präsentationen und Konferenzmaterialien wurden ins Griechische und Türkische übersetzt. Anwesend waren Redner von beiden Seiten der Insel sowie Vertreter aus Griechenland, der Türkei, den USA und dem Vereinigten Königreich. Die Veranstaltung wurde von der Vertretung der Europä-

ischen Kommission in Zypern mitorganisiert und von der Botschaft der Niederlande in Zypern unterstützt.

ZYPERN PRIDE 2014

Das Jahr 2014 erwies sich als ein sehr wichtiges Jahr für die LGBTI-Bewegung in Zypern. Nach der Entkriminalisierung der Homosexualität im Norden konnten die beiden Gruppen endlich den lang gehegten Traum der LGBTI-Gemeinschaft verwirklichen, das Bewusstsein für LGBTI durch die Organisation der ersten Zypern Pride zu schärfen. Lange Diskussionen zwischen Accept – LGBTI Cyprus und Queer Cyprus deckten die Realitäten der Teilung der Insel auf und machten deutlich, wie schwierig es sein würde, einen gemeinsamen Marsch abzuhalten. Ursprünglich planten die beiden Gruppen einen Marsch von einer Seite der Insel zur anderen. In Wirklichkeit war es jedoch leider so, dass die beiden Gruppen nicht genügend Einfluss hatten, um eine solche Leistung zu erbringen, insbesondere angesichts der Bedenken, dass ein erheblicher Teil der zyprischen Gesellschaft gegen die Organisation einer „Zypern Pride“ war.

Die Durchführung von zwei getrennten Märschen am selben Tag, die in der Pufferzone enden und sich dort treffen würden, wurde ebenfalls nicht angenommen, da LGBTI Cyprus befürchtete, dass nur ein kleiner Prozentsatz der griechisch-zyprischen Demonstranten bereit sein würde, in die Pufferzone zu gehen. Sollte dies geschehen, dann würde sich der Schwerpunkt dieses wichtigen Ereignisses verschieben: Anstatt einen bahnbrechenden politischen Akt der LGBTI-Gemeinschaft zu konstituieren, könnte die Parade am Ende als ein weiteres bikommunales Ereignis behandelt werden, das ausschließlich mit dem Zypernproblem zu tun hat. Außerdem zog es Queer Cyprus vor, an einer Veranstaltung am Internationalen Tag gegen Homophobie, Biphobie und Transphobie 2014 (IDAHOBIT) am 17. Mai teilzunehmen, die zusammen mit anderen türkisch-zyprischen Organisationen wie dem Jugendzentrum Mağusa Gençlik Merkezi/Famagusta (MAGEM), antifaschistischen Gruppen und Entmilitarisierungsgruppen organisiert wurde.

Schließlich stimmten Accept – LGBTI Cyprus und Queer Cyprus zu, diese beiden Veranstaltungen mit dem offiziellen Beginn der zweiwöchigen Zypern Pride-Feierlichkeiten durchzuführen, die mit dem Regenbogenmarsch im Norden am 17. Mai beginnen und mit der Zypern Pride 2014 am 31. Mai enden sollte. Während der zwei Wochen der Veranstaltung wurden auch mehrere andere getrennte und gemeinsame Veranstaltungen organisiert, beispielsweise Filmvorführungen in der Pufferzone. Das Motto der ersten Zypern Pride lautete Gleiche Liebe – Gleiche Rechte (Ίδια Αγάπη – Ίσα Δικαιώματα, Aynı aşk – Eşit haklar) (Accept – LGBTI Cyprus, 2014). Accept – LGBTI Cyprus sprach am 17. Mai vor der Menge in Büyük Han im Norden, und Queer Cyprus sprach am 31. Mai vor der Menge auf dem Eleftheria-Platz im Süden.

Die Veranstaltung wurde von der zyprischen Kirche heftig abgelehnt, die eine Erklärung gegen Homosexualität herausgab. Die Erklärung wurde in allen Kirchen im Süden verlesen

und es wurden Unterschriften gesammelt, die die Behörden aufforderten, die Veranstaltung abzusagen (Psillides, 2014). Trotz der Opposition der Kirche verlief die Veranstaltung reibungslos und wurde von Mitgliedern der LGBTI-Gemeinschaft, Verbündeten sowie einer Reihe nationaler und internationaler politischer und institutioneller Akteure gut besucht. Dies signalisierte, dass die soziale Gerechtigkeit in Zypern zwar nach wie vor nicht verwirklicht ist, die derzeitigen sozialen und politischen Bedingungen jedoch für die Mobilisierung der LGBTI-Gleichstellung vorteilhaft sind (Kamenou, 2016; Kamenou, 2019b; Kamenou, 2020).

Seit 2014 veranstalten beide Seiten getrennte Veranstaltungen für die Zypern Pride. Accept – LGBTI Cyprus hat an allen Veranstaltungen im Norden teilgenommen und diese in das veröffentlichte Programm der Zypern Pride im Süden aufgenommen. Queer Cyprus, Envision Diversity und MAGEM haben 2016 eine gemeinsame Aufforderung zur Bildung des Organisationskomitees vom 17. Mai veröffentlicht. Elf zivilgesellschaftliche Organisationen und die Plattform für Geschlechtergleichstellung, die 21 politische Parteien, Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen in Nordzypern vertreten, haben dieses Komitee gegründet und eine Reihe von Veranstaltungen für den dritten Pride-Marsch im Norden während der Woche des Internationalen Tages gegen Homophobie, Biphobie und Transphobie (IDAHOBIT) mitorganisiert.

GEMEINSAME TREFFEN UND VERANSTALTUNGEN

In den folgenden Jahren organisierten Accept – LGBTI Cyprus, Envision Diversity und Queer Cyprus mehrere kleinere kulturelle und gesellschaftliche Veranstaltungen, wie z. B. im Jahr 2018 das Deutsche Queer Film Festival, das Accept und Envision Diversity in Zusammenarbeit mit der Deutschen Botschaft in Nikosia mitorganisiert haben. Die Organisation dieser Veranstaltung war besonders wichtig, da die Filme, die während des Festivals gezeigt wurden, von der Bezirksregierung beim Pink Life Queer Fest in Ankara verboten wurden.

REGENBOGENTREFFEN

Regenbogentreffen sind regelmäßige Veranstaltungen der LGBTI-Selbsthilfegruppe, die im Home for Cooperation in der Pufferzone stattfinden. Diese Treffen stehen allen auf beiden Seiten der Insel offen. Sie zielen darauf ab, einen sicheren und vertrauenswürdigen Ort für Personen und Verbündete der LGBTI-Community zu schaffen, an dem sie sich versammeln und über Themen und Probleme sprechen können, die sie betreffen, wie z. B. das Coming-out, das Leben vor und nach dem Coming-out, Familien- und Beziehungsfragen usw. Darüber hinaus haben QCA und Accept kürzlich am Open Door Festival – einem zivilgesellschaftlichen Festival, das im Rahmen eines EU-finanzierten Projekts namens Civic Space organisiert wurde – zusammengearbeitet und ein bikommunales Regenbogentreffen organisiert, das im Home for Cooperation stattfand.

OKTOBER 2019: UNITED BY COLORS

Um ihre Zusammenarbeit und gemeinsame Veranstaltungen zu stärken, veranstalteten Accept – LGBTI Cyprus und Queer Cyprus am 5. Oktober 2019 eine Veranstaltung in der Pufferzone im Home for Cooperation. Während dieser Veranstaltung wurde ein neues Abkommen darüber angekündigt, wie die beiden Organisationen effektiv zusammenarbeiten können.

V

BESTEHENDER RECHTSRAHMEN

INTERNATIONALER MASSSTAB – ILGA-EUROPE JÄHRLICHER REGENBOGEN-INDEX

Die jährliche Regenbogen-Europa-Karte der ILGA-Europe wird seit 2009 von der europäischen Organisation erstellt. Es zeigt den Stand der Gesetze und Richtlinien an, die zum Zeitpunkt der Erstellung Auswirkungen auf LGBTI-Personen in 49 Ländern in Europa hatten. Seit 2011 hat sich die Karte in einen Index verwandelt, der die europäischen Länder auflistet und ein ausgezeichnetes Punktesystem für verabschiedete LGBTI-Gesetze verwendet. Er gilt als der genaueste europäische Maßstab, an dem die Länder ihre Leistung in Bezug auf die Verabschiedung rechtlicher Maßnahmen zum Schutz der LGBTI-Personen in ihren Ländern messen können. Zusammen mit dem Regenbogen-Index hat die ILGA-Europe einen Jahresbericht herausgegeben, in dem wichtige Ereignisse im vergangenen Jahr in Bezug auf die LGBTI-Gemeinschaft in den einzelnen Ländern hervorgehoben werden.

Für Zypern spiegelt der Index seit 2011 nur noch den rechtlichen Rahmen der Republik Zypern wider, während der Jahresbericht auf Schritte verweist, die in beiden Gemeinschaften – d. h. sowohl im Norden als auch im Süden der Insel – unternommen wurden. Im Jahr 2011 belegte die RZ den 40. Platz unter den 50 europäischen Staaten, zu denen auch der Vatikan gehörte. Gleichzeitig belegte es den letzten Platz unter den damals 27 EU-Mitgliedstaaten (ILGA-Europe, 2011).

Im Mai 2019 lag die Republik Zypern auf Platz 32 von 49 europäischen Staaten mit einer Gesamtnote von 22,7 % in allen untersuchten Bereichen. Unter den EU-Mitgliedstaaten belegte die Republik Zypern den 23. Platz (ILGA-Europe, 2019). Obwohl es der Republik Zypern gelungen ist, ihre Position in dieser Rangliste zu verbessern, kann konstatiert werden, dass sie bei der Beseitigung der rechtlichen Ungleichheiten bei LGBTI nicht weit genug gegangen ist. Obwohl sich die rechtlichen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und anderen Besonderheiten jedes Landes in diesen Rankings unterschiedlich auf seine Fähigkeit auswirken, LGBTI-Gesetze zu erlassen, könnten einige Vergleiche angestellt werden: Zum Beispiel konnte Malta, ein weiterer relativ neu gegründeter Staat, der 2004 der EU beitrug, innerhalb von 8 Jahren mit einer Gesamtpunktzahl von 90,4% auf den ersten Platz des Indexes vorrücken, da es die meisten Anforderungen, gemessen am ILGA-Europe-Index, rechtlich abgedeckt hat.

AUFSCHLÜSSELUNG DER RECHTSANSPRÜCHE AUF JEDER SEITE AUF DER GRUNDLAGE DER ILGA-EUROPE-KRITERIEN

1. Gleichheit und Nichtdiskriminierung

SÜDEN

Verfassung: Die Republik Zypern verbietet nicht ausdrücklich die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung, der Geschlechtsidentität oder der Geschlechtsmerkmale. Gleichwohl verbietet Artikel 28 Absatz 2 Diskriminierung „aus Gründen der Volksgruppenzugehörigkeit, der Rasse, der Hautfarbe, der Religion, der Sprache, des Geschlechts, der politischen Zugehörigkeit, der ethnischen Herkunft, des Wohlstands des sozialen Status oder aus anderen Gründen“ (Cyprus Bar Association, 2019).

Beschäftigung: Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung ist seit dem 1. Mai 2004 durch das Gleichbehandlungsgesetz für Beschäftigung und Arbeit von 2004 (58 (I)/2004) – d. h. das Harmonisierungsgesetz für die EU-Richtlinie 2000/78/EG – verboten. Dieses Gesetz verbietet keine Diskriminierung aufgrund der Geschlechtsidentität oder der Geschlechtsmerkmale, obwohl davon ausgegangen wird, dass es diese Gründe indirekt beinhaltet.

Waren und Dienstleistungen: Es gibt kein Gesetz, das die Diskriminierung von Waren oder Dienstleistungen aufgrund der sexuellen Orientierung, der Geschlechtsidentität oder der Geschlechtsmerkmale verbietet.

Gesundheit: Es gibt kein Gesetz, das Diskriminierung bei der Erbringung von Gesundheitsleistungen aufgrund der sexuellen Orientierung, der Geschlechtsidentität oder der Geschlechtsmerkmale verbietet.

Bildung: Es gibt kein Gesetz, das Diskriminierung bei der Bereitstellung von Bildung aufgrund der sexuellen Orientierung, der Geschlechtsidentität oder der Geschlechtsmerkmale verbietet.

Mandat der Gleichbehandlungsstelle: Das Büro des Ombudsmanns fungiert als nationale Antidiskriminierungsstelle. Es ist offiziell beauftragt, Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung, jedoch nicht aufgrund der Geschlecht-

sidentität oder der Geschlechtsmerkmale zu überwachen, obwohl es gegen solche Arten von Diskriminierungen vorgegangen ist, und es wird allgemein als für deren Bekämpfung verantwortlich angesehen.

Blutspenden: Es gibt kein Verbot, Blutspenden aufgrund von sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität oder Geschlechtsmerkmalen zuzulassen.

Medizinische Verfahren zur Bestätigung des Geschlechts: Es gibt keine spezifischen Gesetze, die medizinische Verfahren zur Bestätigung des Geschlechts verbieten.

Wehrdienst: Dienst in der griechisch-zyprischen Nationalgarde ist für homosexuelle Männer erlaubt. Wehrdienstverweigerung aufgrund der unterschiedlichen sexuellen Orientierung ist nicht mehr alltäglich, und die Soldaten selbst würden in der Regel einen Antrag auf der Grundlage ihres psychischen Gesundheitszustands stellen, der dann bewertet wird (d. h. ein Anspruch auf Wehrdienstverweigerung aufgrund des psychischen Gesundheitszustands ist nicht gleichbedeutend mit einer Befreiung vom Wehrdienst). Obwohl aufgrund ihres Transgender-Status nicht ausdrücklich verboten, könnten Transmänner nach der ärztlichen Untersuchung, die alle Wehrpflichtigen durchlaufen, aus medizinischen Gründen als dienstunfähig abgewiesen werden (d. h. als körperlich und geistig dienstunfähig). Es ist jedoch zu beachten, dass bisher keine Fälle bekannt sind.

NORDEN

Verfassung: Artikel 8 Absatz 1 der Verfassung verbietet jegliche Diskriminierung und erklärt, dass alle gleich sind (Northern Cyprus Constitution, 1975).

Beschäftigung: Ein Gesetz, das die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität verbietet, wurde der Gesetzgebenden Versammlung als Legislativvorschlag vorgelegt. Die Ratifizierung im Parlament wird seit 2014 erwartet.

Waren und Dienstleistungen: Artikel 174 des Strafgesetzbuchs verbietet seit 2014 die Diskriminierung beim Zugang zur Bereitstellung von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen. (Criminal Code, Article 174(amended 20/2014), 2014)

Gesundheit: Es gibt kein Gesetz, das Diskriminierung bei der Erbringung von Gesundheitsdiensten aufgrund der sexuellen Orientierung, der Geschlechtsidentität oder der Geschlechtsmerkmale verbietet.

Bildung: Es gibt kein Gesetz, das Diskriminierung bei der Bereitstellung von Bildung aufgrund der sexuellen Orientierung, der Geschlechtsidentität oder der Geschlechtsmerkmale verbietet.

Mandat der Gleichbehandlungsstelle: Das Büro des Ombudsmanns ist eine halbautonome Einrichtung, die die Einhaltung der geltenden Rechtsvorschriften durch die Behörden überwacht. Sie nimmt Beschwerden und Einsprüche aus der Öffentlichkeit entgegen, die auf ein „Fehlverhalten“ von

Behörden und Institutionen hinauslaufen, das dem Interesse der Öffentlichkeit schaden könnte. Es kontrolliert, untersucht und meldet die Leistungen der staatlichen Organe, Ämter, Organisationen und öffentlichen Institutionen und fungiert als gleichberechtigtes Gremium.

Blutspenden: Es gibt keine Bestimmungen oder Gesetze in Bezug auf Blutspenden von LGBTI-Personen. Auf dem Spendenantrag wird jedoch angegeben, dass Personen, die gleichgeschlechtliche sexuelle Aktivitäten ausüben, kein Blut spenden können.

Medizinische Verfahren zur Bestätigung des Geschlechts: Es gibt keine spezifischen Gesetze, die medizinische Verfahren zur Bestätigung des Geschlechts verbieten. Obwohl es in Zypern nicht als professionelle psychiatrische Praxis angeboten wird, praktizieren einige nicht-psychiatrische Fachkräfte (d. h. Life Coaches, Spiritualisten, religiöse Amtsträger usw.) und psychiatrische Fachkräfte (d. h. Psychiater und Psychologen) einige Formen medizinischer Verfahren, die auf ihren persönlichen Ansichten über die Nichtkonformität von Geschlecht und Sexualität beruhen.

Militärdienst: Schwule und/oder Transgender-Personen dürfen nicht im Militär dienen. Homosexuell und/oder transsexuelle zu sein wird in den Vorschriften des Kommandos der Sicherheitskräfte immer noch als psychische Krankheit eingestuft. Diese Identifikationen werden nach psychiatrischen Diagnosen und Tests mithilfe alter und befangener manueller psychischer Diagnostik bestätigt, die heutzutage von der internationalen medizinischen Gemeinschaft abgelehnt werden.

2. Familie

SÜDEN

Gleichstellung der Ehe und eingetragene Lebenspartnerschaft: Die Ehe zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern ist in der Republik Zypern nicht gestattet. Seit dem 9. Dezember 2015 (Νόμος που προνοεί για τη σύναψη Πολιτικής Συμβίωσης (N184(I)/2015), 2015) sind eingetragene Lebenspartnerschaften erlaubt, die gleichgeschlechtlichen Paaren die gleichen Rechte wie den verheirateten Paaren einräumen, mit Ausnahme des Rechts auf Adoption.

Adoption: Eine gemeinsame Adoption oder Adoption durch den nicht-biologischen Elternteil ist nicht zulässig. Alleinerziehende Adoption, ohne Einschränkung der sexuellen Orientierung, der Geschlechtsidentität oder der Geschlechtsmerkmale des Elternteils ist erlaubt, wird aber im Allgemeinen nicht praktiziert.

Medizinisch unterstützte Befruchtung: Nicht erlaubt für gleichgeschlechtliche Paare. Es kann nur einer Person gestattet werden, nachdem ein Antrag beim Gesundheitsministerium genehmigt wurde.

NORDEN

Gleichstellung der Ehe und eingetragene Lebenspartnerschaft: Die Ehe zwischen gleichgeschlechtlichen Part-

nen und eingetragene Lebenspartnerschaften ist im Norden Zyperns nicht gestattet. Die Verfassung erklärt, dass die Ehe eine Verbindung zwischen einem Mann und einer Frau ist, daher wäre eine öffentliche Abstimmung erforderlich, um die gleichgeschlechtliche Ehe zu legalisieren. (Northern Cyprus Constitution, 1975)

Adoption: Eine gemeinsame Adoption oder eine Adoption durch den nicht-biologischen Elternteil ist von gleichgeschlechtlichen Partnern nicht gestattet, da das einschlägige Gesetz nur diejenigen zulässt, die verheiratet sind und die Ehe als eine Vereinigung zwischen einem Mann und einer Frau definiert ist. Die Adoption eines alleinerziehenden Elternteils ist im Adoptionsgesetz geregelt, schreibt jedoch keine sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität vor (The Adoption Law , 1954)

Medizinisch unterstützte Befruchtung: Nicht erlaubt für gleichgeschlechtliche Paare. Es kann nur einer Person gestattet werden, nachdem ein Antrag beim Gesundheitsministerium genehmigt wurde.

3. Hasskriminalität & Hassrede

SÜDEN

Hasskriminalitätsgesetz: Sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität werden in der Hasskriminalitätsgesetzgebung ausdrücklich als erschwerender Faktor genannt. Geschlechtsmerkmale werden nicht ausdrücklich einbezogen, sondern impliziert.

Gesetz gegen Hassreden: Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität sind ausdrücklich in der Gesetzgebung gegen Hassreden enthalten. Dies ist in der Strafgesetzgebung unter Artikel 99A einbezogen (Ο περί Ποινικού Κώδικα Νόμος (ΚΕΦ.154/99Α) - Penal Legislation (Ch. 154/99A), 2015). Dennoch hat sich dieses Verbot in der Vergangenheit als unwirksam erwiesen, um einen angemessenen Schutz zu gewährleisten. Aufgrund der Forderung nach einem Beweis des Motivs, das den Hass belegen muss, konnten keine Fälle vor Gericht gebracht werden.

NORDEN

Hasskriminalitätsgesetz: Es gibt kein eigenes Gesetz, welches das Verbot von Hasskriminalität auf der Grundlage der sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität regelt.

Gesetz gegen Hassreden: Strafgesetzbuch, § 154, Artikel 151 (f) und 152 (g) verbieten Hassreden, die auf sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität beruhen. Darüber hinaus verbietet Artikel 172 desselben Gesetzes wirtschaftliche und psychologische Gewalt, die auf Vorurteilen und Hass beruht (Penal Legislation (Ch. 154/151F,152G,172), 2014).

Rechtliche Anerkennung des Geschlechts & körperliche Integrität

SÜDEN

Rechtliche Anerkennung des Geschlechts: Derzeit gibt es kein Gesetz zur rechtlichen Anerkennung des Geschlechts. Es gibt jedoch Richtlinien, die es einer transsexuellen Person erlauben, ihr Geschlecht und ihren Namen nur auf ihrem nationalen Personalausweis (ID) zu ändern, und zwar auf der Grundlage der Selbstbestimmung und ohne die Notwendigkeit von chirurgischen Eingriffen. Ein Gesetzesentwurf wird derzeit von der Regierung ausgearbeitet und es ist vorgesehen, dass dieser bis Ende 2019 beim Parlament eingeht und die Abstimmung über den Gesetzesentwurf im Jahr 2020 erfolgt.

Entpathologisierung: Derzeit gibt es kein Gesetz. In den jüngsten Richtlinien des Innenministeriums wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass keine medizinische Intervention erforderlich ist, um den Personalausweis zu ändern. In dem derzeit vom Justizministerium geprüften Gesetzesentwurf über die rechtliche Anerkennung des Geschlechts wird dies in ähnlicher Weise vermerkt.

Zugang zu und Kostenübernahme für die trans-spezifische Gesundheitsversorgung (TSHC):

Der Staat übernimmt derzeit die Kosten für Hormonbehandlungen, wenn eine Trans-Person diese beantragt. Da in Zypern keine geschlechtsspezifischen Verfahren durchgeführt werden, ist der Staat nach EU-Recht verpflichtet, Transsexuelle ins Ausland zu schicken, um ihre Behandlung abzuschließen. Leider verbietet das derzeitige Gesetz dies ausdrücklich.

NORDEN

Rechtliche Anerkennung des Geschlechts: Es ist möglich, Dokumente auf der Grundlage einer nachgewiesenen medizinischen/chirurgischen Operation zu ändern. Der bestehende Artikel 33 Absatz 3 des Gesetzes Nr. 2/1975 über Geburten und Todesfälle wird durch die Änderung 9/2004 so geändert, dass diejenigen, die sich einer geschlechtsbestimmenden Operation unterziehen, sich mit ihrer neu zugewiesenen biologischen Geschlechtskategorie neu registrieren lassen können. Der entsprechende Artikel lautet wie folgt: „*Dokumentation der geschlechtsspezifischen physischen Transformation einer Person mit einem medizinischen Bericht und der Genehmigung einer solchen transformativen Operation durch den Gesundheitsminister Dr. Burhan Nalbantoglu Krankenhausausschusses für Gesundheit, und da die Person einen Antrag mit allen Bescheinigungen einreicht, werden ihr Name und ihr Geschlecht im Register durch einen öffentlichen Beamten geändert, der von der Hauptgeschäftsstelle für die Bevölkerung mit einer Zahlung der laufenden Gebühren, die vom zuständigen Ministerium festgelegt werden, beauftragt wird*“ (Birth and Death Legislation, 2/1975-(Article 33(3) amended 9/2014)).

Entpathologisierung: Obwohl das Bekenntnis zur Geschlechtsidentität bei Trans-Personen als Pathologie aus dem Katalog der Weltgesundheitsorganisation für psychische Gesundheitspathologien entfernt wurde, wird sie in ihrer jünger-

sten Ausgabe ICD-11 immer noch als eine psychische Störung oder Geschlechtsdysphorie-Pathologie in Nordzypern im Rahmen der Gesetzgebung zur psychischen Gesundheit betrachtet.

Zugang zu und Kostenübernahme für die trans-spezifische Gesundheitsversorgung (TSHC): Geschlechtsbestätigende Operationen werden von staatlichen Krankenhäusern nicht angeboten. Obwohl einige Personen sozialversichert und sich dafür qualifiziert haben, gibt es in den staatlichen Krankenhäusern keine solche Dienstleistung im Rahmen des nationalen Gesundheitsdienstes.

5. Zivilgesellschaftlicher Raum

SÜDEN

Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich mit LGBTI-Themen befassen, können frei und in Anerkennung ihrer gesellschaftlichen Bedeutung tätig werden. Seit 2018 finanziert die Regierung auch die Kosten für die Organisation von Zypern Pride. Im Jahr 2019 bot sie der ILGA-Europe in Anerkennung ihrer wichtigen Rolle bei der Ausbildung lokaler zivilgesellschaftlicher Aktivisten in ganz Europa, einschließlich Zypern, Geld an. Darüber hinaus arbeitet das Gesundheitsministerium eng mit Organisationen zur Prävention des menschlichen Immunschwächevirus (HIV) zusammen, um spezifische HIV-bezogene Maßnahmen innerhalb der LGBTI-Gemeinschaft zu finanzieren.

NORDEN

Zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich mit LGBTI-Fragen beschäftigen, müssen beim Distriktbüro mit den Namen der Gründungsmitglieder einen Antrag auf Registrierung und Genehmigung stellen. Die Namen werden in einem ver-

siegelten Umschlag übergeben und vom Bezirksamt abgestempelt, ohne dass der Umschlag geöffnet wird. Die Liste der neuen Mitglieder wird jedes Jahr zugestellt und derselbe Vorgang wiederholt sich. Dennoch hält diese Situation Einzelpersonen davon ab, aktive Mitglieder zu werden, da sie möglicherweise lieber anonym bleiben und befürchten, diese Anonymität zu verlieren. Die EU hat der türkisch-zyprischen Gemeinschaft im Rahmen des EU-Hilfsprogramms und durch kleinere Initiativen Mittel für Projekte zur Verfügung gestellt. Einige ausländische Botschaften bieten auch etwas finanzielle Unterstützung an. Die Ministerien arbeiten in Fragen der LGBTI-Gemeinschaft nicht vollständig zusammen. Die Stelle des Ombudsmanns hat einen Bericht über einen Fall veröffentlicht, den Envision Diversity gegen das Bildungsministerium wegen der Ablehnung eines Pilotprogramms zur sexuellen Aufklärung und zu den Rechten von LGBTI-Studenten eingereicht hat.

6. Asylrecht

SÜDEN

Die Verfolgung aufgrund der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität ist in der geltenden Gesetzgebung als Grund dafür enthalten, dass Migranten in der RZ Asyl beantragen können, wenn sie um ihr Leben in ihrem Herkunftsland fürchten (Ο περί Προσφύγων Νόμος του 2000 (6(I)/2000) - The Refugee Law of 2000 (6 (I) / 2000), 2000).

NORDEN

Es gibt kein Gesetz, das Asylbewerbern oder Flüchtlingen auf der Grundlage von Strafverfolgung und Angst um das Leben im Ursprungsland Asyl gewährt, egal aus welchem Grund.

VI

NÄCHSTE SCHRITTE FÜR DIE GLEICHBERECHTIGUNG VON LGBTI-PERSONEN

Auf beiden Seiten der Insel ist der derzeitige Rechtsrahmen durch das Fehlen von Rechtsvorschriften über die Rechte der LGBTI-Gemeinschaft sowie durch Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung, der Gender-Identität und der Geschlechtsmerkmale gekennzeichnet. Aufgrund der aktuellen politischen Lage und der immer noch bestehenden Spaltung, durch welche es zu keiner Einigung auf der Insel kommt, sind die beiden LGBTI-Gemeinschaften gezwungen, sich getrennt zu engagieren, um die Entscheidungsträger im Süden und Norden der Insel so zu beeinflussen, dass sie internationale Mindeststandards in Bezug auf die LGBTI-Rechte – wie sie im ILGA-Europe Regenbogenindex abgebildet sind – erfüllen. Obwohl jede Seite ihren Schwerpunkt auf bestimmte Ziele gelegt hat, gibt es gewisse Gemeinsamkeiten in Bezug auf die gesetzten Ziele der LGBTI-Gemeinschaft. Zu nennen wären:

1. Trans- und Intersex-Rechte – Rechtliche Anerkennung des Geschlechts

Viele Transsexuelle haben im täglichen Leben Probleme, weil ihr gesetzliches Geschlecht, wie es auf ihren Ausweisen und anderen amtlichen Dokumenten angegeben ist, nicht mit ihrer Geschlechtsidentität übereinstimmt. Die Abholung eines Pakets bei der Post, die Arbeitssuche, das Einsteigen in ein Flugzeug oder das Einreichen einer Beschwerde können zu einer immer wiederkehrenden Quelle von Schikanen, unbegründeten Verdächtigungen und sogar Gewalt werden. Der Zweck von Verfahren zur Anerkennung von Geschlechtern besteht darin, diese Arten von Diskriminierung und Marginalisierung zu überwinden, indem der geschlechtsspezifischen Identität von Trans-Personen eine offizielle rechtliche Anerkennung gewährt wird. Die Anerkennung von Geschlechtern ist mehr als ein Verwaltungsakt: Für viele Transsexuelle ist es unerlässlich, um ein Leben in Würde und Respekt zu führen (TGEU - Transgender Europe, n.d.).

SÜDEN

Die Forderung nach einem Gesetz, mit dem Trans- und Intersexuelle ihr Geschlecht in ihren amtlichen Dokumenten auf der Grundlage der Selbstbestimmung ändern können, ohne dass invasive Verfahren erforderlich sind, wurde 2013 erstmals von Accept – LGBTI Cyprus erhoben. Es wurde zum ersten Mal während des Zypern Pride Festivals 2015 unter dem Motto „Free To Be“ öffentlich artikuliert (Kamenou, 2020). Im Jahr 2016 bat die Organisation die SOGI-Einheit des Euro-

parates um Unterstützung bei der Durchführung weiterer lokaler Untersuchungen. Der Europarat finanzierte daraufhin zwei Forschungsarbeiten: Eine zu den gesetzlichen Rechten und eine zu den sozialen Realitäten von Transsexuellen in der RZ. Darüber hinaus beauftragte sie im Jahr 2017 Rechtsexperten aus Malta und Zypern mit der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs, der im November desselben Jahres dem Präsidenten Zyperns vorgelegt wurde und die Grundlage für einen offiziellen Gesetzesentwurf des Ministeriums für Justiz und öffentliche Ordnung im Mai 2018 bildete. Seitdem hat der Gesetzesentwurf mehrere Transformationen durchlaufen, die auf den Anfragen des Rechtsdienstes sowie auf den Ergebnissen einer öffentlichen Befragung basieren. Ziel der Regierung ist es, die Gesetzesvorlage im Januar 2020 beim zyprischen Parlament einzureichen. Das Parlament soll dann im Laufe des Jahres über die Vorlage abstimmen.

Der Gesetzesentwurf basiert auf Selbstbestimmung und verlangt, dass keine medizinischen Eingriffe irgendwelcher Art von den Menschen, die von den angebotenen Rechten Gebrauch machen möchten, verlangt werden. Es legt fest, dass der Staat verpflichtet ist, das Geschlecht und den Namen einer Person auf allen ihren offiziellen Dokumenten zu ändern, und stellt den Menschen die Instrumente zur Verfügung, um Änderungen an ihren Dokumenten durch andere öffentliche oder private Institutionen zu beantragen. Die Zivilgesellschaft hat die Einführung einer geschlechtsneutralen Kennzeichnung gefordert, die jedoch bei der Diskussion des Gesetzes abgelehnt wurde, da sie als Eingriff in die bestehende Gesetzgebung angesehen wurde, die dem Einzelnen aufgrund seines Geschlechts besondere Rechte einräumt, wie z. B. das Renteneintrittsalter für Frauen.

NORDEN

Trotz der Tatsache, dass das relevante TRNC-Gesetz, gemäß der Änderung des bestehenden Artikels 33(3) des Gesetzes 2/1975 über Geburt und Tod im Jahr 2004 durch 9/2004, denjenigen, die ein medizinisches Verfahren zur Festlegung des Geschlechts durchlaufen, erlaubt, sich neu zu registrieren, fehlt es an vollständigen Bestimmungen, da diese im entsprechenden internationalen Recht und in den Menschenrechtsinstrumenten definiert sind. Daher sollte TRNC:

- a. Die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, die eine Pathologisierung und Sterilisation für trans- oder geschlechtslose Bürgerinnen und Bürger verlangen, aufheben.

- b. Die Bestimmungen, nach denen Trans-Personen sich entweder als männlich oder weiblich registrieren müssen, aufheben und Gesetze einführen, die nicht-binäre Geschlechtsmerkmale anerkennen, sowie relevante Gesetze zur Regelung von Personalausweisen ohne geschlechtsspezifische Kennzeichnung im Einklang mit dem Grundsatz des Ausdrucks der Geschlechtsfreiheit.
- c. Ein Gesetz einführen, das die Freiheit des Ausdrucks der geschlechtlichen Identität von Transsexuellen garantiert, sowie ein Gesetz, das die Rechte von Intersexuellen schützt.
- d. Rechtliche Vorschriften einführen, um das geltende Recht mit den von der ICD-11 definierten Standards für den Ausdruck der Geschlechtsidentität in Einklang zu bringen und Bestimmungen zu streichen, die den Ausdruck der Geschlechtsidentität zu einer Pathologie machen. Im Einklang mit den einschlägigen internationalen und Menschenrechtsvorschriften müssen Rechtsvorschriften erlassen werden, die die reproduktiven Rechte von Menschen, die geschlechtsspezifische medizinische Verfahren durchlaufen haben, bestätigen, und die Sterilisation als Voraussetzung für die rechtliche Anerkennung sollte abgeschafft werden.

2. Trans- und Intersex-Rechte – Bereitstellung von operativen Eingriffen zur Geschlechtsumwandlung durch den Staat

Es wurde beantragt, dass geschlechtsspezifische Operationen sowohl im Süden als auch im Norden vollständig von den jeweiligen Behörden abgedeckt werden. Obwohl in der RZ einige transspezifische Gesundheitsleistungen in Form von Zugang zu Hormonen und psychologischer Therapie angeboten werden, übernehmen die Behörden in beiden Gemeinschaften nicht die Kosten für die geschlechtsspezifische Operation einer Trans-Person, wenn die Person eine solche Operation wünscht. Da solche Operationen nirgendwo auf Zypern stattfinden, sollten die Kosten für solche Operationen im Ausland vom Staat getragen werden.

3. In-vitro-Fertilisation (IVF)

SÜDEN

Der derzeitige Rechtsrahmen verbietet gleichgeschlechtlichen Paaren die IVF und erlaubt IVF nur für Paare mit unterschiedlichem Geschlecht. Accept – LGBTI Cyprus hat zuvor zu dieser Diskriminierung Stellung genommen, die sich besonders negativ auf lesbische Paare auswirkt, und eine Gesetzesänderung beantragt.

NORDEN

IVF ist in Nordzypern nicht vollständig reguliert. Daher sollte der Zugang zu IVF für Lesben und die automatische Elternschaft für beide Ehepartner nach der Geburt vollständig anerkannt werden.

4. Gleichgeschlechtliche Ehe

SÜDEN

Eingetragene Lebenspartnerschaft wurden 2015 von der Republik Zypern gesetzlich anerkannt. Obwohl das Gesetz Paaren in eingetragene Lebenspartnerschaft (einschließlich gleichgeschlechtlichen Paaren) Rechte einräumt, die denen von verheirateten Paaren entsprechen, ist eine Adoption nicht zulässig. Das Gesetz erlaubt auch die Anerkennung des Status eines Paares, wenn eine eingetragene Lebenspartnerschaft im Ausland geschlossen wurde, erkennt jedoch keine standesamtlichen Ehen für gleichgeschlechtliche Paare an. Gleichgeschlechtliche Paare, die im Ausland verheiratet wurden, wurden manchmal gebeten, sich scheiden zu lassen und dann eine eingetragene Partnerschaft einzugehen, wenn sie wollen, dass ihre Rechte geschützt werden – zum Beispiel, dass der nicht-zyprische Partner in Zypern bleiben und arbeiten darf oder um die Erbrechte eines Paares zu sichern. Solche Anträge verstoßen gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung und daher sollten gleichgeschlechtliche Paare das Recht auf eine zivile Ehe erhalten.

NORDEN

Die Verfassung von Nordzypern erklärt, dass die Ehe eine Vereinigung zwischen einem Mann und einer Frau ist. In den meisten europäischen Ländern und einigen anderen Ländern (z. B. Taiwan und Uruguay) sind gleichgeschlechtliche Ehen oder Lebenspartnerschaften gesetzlich anerkannt. Es sollten Rechtsvorschriften eingeführt werden, um die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare in Nordzypern zu ermöglichen.

5. Adoption

Die Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare ist derzeit sowohl im Süden als auch im Norden verboten, wobei das Wohl des Kindes missachtet wird. Alleinerziehende Adoption ist in der RZ erlaubt, aber dies ist äußerst selten. Adoptionsrechte für gleichgeschlechtliche Paare sollten daher auf beiden Seiten der Insel gewährt werden.

6. Homophobie und transphobe Hassreden und Hasskriminalität

SÜDEN

In der Republik Zypern wird homophobe und transphobe Hassrede seit 2015 unter Strafe gestellt und homophobe und transphobe Gewalt ist ein Grund für zusätzliche Strafen, die seit 2017 von den Gerichten verhängt werden.

Im Jahr 2016 beantragte Accept – LGBTI Cyprus, dass die öffentlichen homophoben Äußerungen des Erzbischofs von Zypern im Rahmen dieses Gesetzes untersucht werden sollten, aber der Generalstaatsanwalt ignorierte diese Anträge. Später, im Jahr 2019, wurde nach einem öffentlichen Aufruhr über die homophoben Äußerungen des Bischofs von Morphou eine Untersuchung eingeleitet, die jedoch nicht zu einer Klage vor Gericht führte (Hatzivasilis, 2019). Zwischen 2015 und 2019 war dies der einzige Fall, der jemals von der

Polizei untersucht wurde. So könnte man argumentieren, dass das geltende Gesetz die LGBTI-Gemeinschaft nicht vor homophoben Äußerungen schützt, da es es fast unmöglich macht, das für ein strafbares Urteil geforderte Motiv zu beweisen. Es ist daher erforderlich, dieses Gesetz zu ändern, um es für seinen Zweck funktionsfähig zu machen.

NORDEN

Obwohl das geänderte Strafgesetzbuch im Jahr 2014 Artikel über das Verbot von Hassreden und Hasskriminalität aufgrund der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität eingeführt hat, wurde bisher kein Gerichtsverfahren gegen jemanden eingeleitet, der Homophobie fördert oder eklatante Hassreden begeht.

7. Beschäftigung

SÜDEN

Obwohl die aktuellen Gesetze der Republik Zypern seit dem 1. Mai 2004 Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung verbieten, ist es notwendig, Diskriminierungen aufgrund der Geschlechtsidentität oder der Geschlechtsmerkmale ausdrücklich zu verbieten.

NORDEN

Die bestehenden Rechtsvorschriften im Bereich der Beschäftigung, sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor, enthalten weder spezifische Bestimmungen für einen Mindestschutz gegen Diskriminierung im Arbeitsleben noch verbieten sie Belästigungen (in jeglicher Form) aufgrund der sexuellen Orientierung und der Gender-Identität. Eines der wichtigsten kurz- und mittelfristigen Ziele der türkisch-zyprischen LGBTI-Gemeinschaft ist die Angleichung des nationalen Rechts an internationale und europäische Standards zum Schutz von LGBTI-Personen am Arbeitsplatz. Einige Ziele und Vorschläge sind:

- a. Rechtsvorschriften zum Verbot von Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität. Der Vorschlag, der derzeit vom Rechtsausschuss der Gesetzgebenden Versammlung geprüft wird, sollte so bald wie möglich ratifiziert werden und in Kraft treten.
- b. Entwürfe für Antidiskriminierungsgesetze für die Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen, die bereits seit 2014 vorliegen, müssen so bald als möglich dem Parlament vorgelegt und verabschiedet werden
- c. Trans-Personen sind in der Beschäftigung stärkerer Diskriminierung ausgesetzt. Daher müssen Gesetze eingeführt werden, um Schutz vor Diskriminierung aufgrund der Geschlechtsidentität zu bieten.

8. Zwingende „Konversionstherapie“

Die erzwungene „Konversionstherapie“ ist in einigen Ländern verboten und in den letzten Jahren haben Gerichtsverfahren strengstens verboten, Menschen, die nicht geschlechtskonform sind, medizinische Verfahren aufzuerlegen,

damit sie körperlich in das binäre Geschlechtssystem passen (BBC News, 2016). In Zypern sollte auf beiden Seiten der Insel ein Gesetz zum Verbot der erzwungenen „Konversionstherapie“ eingeführt werden.

9. Psychische Gesundheit

Es müssen Gesetze zur Definition der psychischen Gesundheit erlassen werden, die spezifische ethische Standards für Mitarbeiter in der psychischen Gesundheit und klinische Psychologen bei der Arbeit mit LGBTI-Personen festlegen. Konversionstherapien, bei denen LGBTI-Personen einem psychologischen Prozess unterzogen werden, um ihre sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität umzukehren, sollten für psychosoziale Mitarbeiter und klinische Psychologen verboten werden.

10. Schule und Ausbildung

LGBTI-Personen sind in Schulen am häufigsten Mobbing und Belästigung ausgesetzt. LGBTI-Personen sind auch Diskriminierung und stillschweigender Marginalisierung ausgesetzt (Ethem, 2018). In einigen Fällen können gewalttätige Angriffe auftreten, die das Leben und die Sicherheit von LGBTI-Personen gefährden (Ethem, 2014). Das internationale Recht und die Menschenrechtsstandards sowie die Gender-Politik erfordern die Einrichtung von sicheren Zonen und geschlechtergerechten Schulumgebungen und Lehrplänen sowie die Einführung von Gesetzen gegen Mobbing und Belästigung (Çavuşoğlu, 2007). In den letzten Jahren haben Länder eine Bildungspolitik eingeführt, die die Standards für eine durchsetzungsfähige LGBTI-Beratung und die Einbeziehung der LGBTI-Geschichte in den Lehrplan ihrer Sekundarschulen festlegt. In Übereinstimmung mit diesen Trends müssen Gesetze eingeführt werden, die Diskriminierung, Mobbing und Belästigung von LGBTI-Personen verbieten, und es müssen Richtlinien zum Aufbau eines geschlechtergerechten Schulumfelds sowie geschlechtsspezifischer Lehrpläne verabschiedet werden.

11. Wehrdienst

In Nordzypern dürfen schwule Männer und Transsexuelle nicht im Militär dienen. Schwulsein oder Transsexualität wird in den Vorschriften des Kommandos der Sicherheitskräfte weiterhin als psychische Krankheit eingestuft. Es muss ein Gesetz eingeführt werden, das es LGBTI-Personen ermöglicht, diskriminierungsfrei im Militär zu dienen. Für diejenigen, die den Wehrdienst ablehnen möchten, muss ein Gesetz zur Kriegsdienstverweigerung eingeführt werden.

VII

SCHLUSSBEMERKUNGEN UND FAZIT

In diesem Bericht wird bewertet, inwieweit LGBTI-Menschen in Zypern das Recht auf Gleichheit und Nichtdiskriminierung genießen. Dies geschieht durch eine Zusammenfassung der gelebten Erfahrungen von sexuell und geschlechtlich nicht konformen Menschen und durch die Darstellung und Bewertung des Rahmens von Gesetzen, Richtlinien und Institutionen, die zur Bekämpfung von Diskriminierung und zur Förderung von Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit für alle geschaffen wurden.

In Bezug auf LGBTI-Rechte und sozialen Status ist Nordzypern derzeit weit davon entfernt, regionale und internationale Standards zu erfüllen. Die Fortschritte in Bezug auf die LGBTI-Gleichstellung werden noch dadurch erschwert, dass die TRNC ein selbsterklärter Staat ist, der von der internationalen Staatengemeinschaft nicht rechtlich anerkannt wird. Daher sind LGBTI-AktivistInnen und die Zivilgesellschaft im Norden, obwohl sie sich für soziale Gerechtigkeit und demokratische Werte einsetzen, mit zusätzlichen Schwierigkeiten konfrontiert, Unterstützung gegen die Verfolgung und Ungleichheiten zu finden, mit denen sie in regionalen und internationalen Systemen konfrontiert sind, welche in der Regel staatszentriert sind.

Nordzypern ist geteilt und zwischen zwei Welten gefangen, was die Gleichheit und Nichtdiskriminierung von LGBTI-Personen betrifft: Auf der einen Seite gibt es die Akteure, die die Wiedervereinigung der Insel, das Ende der derzeitigen politischen Blockade, die Europäisierung, die Demokratisierung und einen liberaleren Ansatz in Bezug auf die Rechte der LGBTI-Personen unterstützen. Auf der anderen Seite gibt es Akteure, die sich dem nationalistischen Status quo und den Zielen konservativer rechter politischer Kräfte anschließen und sich der rechtlichen und materiellen Gleichstellung von LGBTI-Personen widersetzen. Im Norden waren die Diskussionen über die Gleichstellung und Nichtdiskriminierung von LGBTI-Personen stark von diesen konkurrierenden Visionen und Diskursen sowie von der Aussicht auf eine Mitgliedschaft in der EU im Jahr 2004 geprägt, was einen entscheidenden Wendepunkt in der Politik darstellte. Die Aussicht auf den EU-Beitritt und die Wiedervereinigung der Insel ermöglichte die Bildung einer Zivilgesellschaft und sozialer Bewegungen sowie die Entfaltung der LGBTI-Rechtsbewegung.

Ungeachtet dieses Meilensteins in der LGBTI-Politik und -Mobilisierung haben die Behörden im Norden nur wenige und

kleine Schritte unternommen, um die Lebensbedingungen der LGBTI-Bevölkerung zu verbessern. Die eingeführten Rechtsvorschriften zur Gleichstellung der Geschlechter und Geschlechteridentitäten entsprechen häufig nicht den festgelegten internationalen und regionalen Standards. Daher sind LGBTI-Personen im Norden weiterhin Diskriminierungen und Verletzungen ihrer grundlegenden Menschenrechte ausgesetzt. Insgesamt sind sie aus den Konzepten der Staatsbürgerschaft ausgeschlossen, da sie rechtlich, sozial, politisch, wirtschaftlich und kulturell als Bürger zweiter Klasse und als Außenseiter abgestempelt werden. Die Behörden im Norden müssen daher gesetzliche Änderungen einführen und Initiativen der Zivilgesellschaft unterstützen, die darauf abzielen, Homophobie, Biphobie, Transphobie und andere Formen der Stigmatisierung in der Gesellschaft im Wesentlichen zu bekämpfen, alle Formen der Diskriminierung in allen Bereichen des Lebens zu beseitigen und eine gerechte Gesellschaft für alle zu schaffen.

In ähnlicher Weise wurde die LGBTI-Politik in der Republik Zypern in einem gesellschaftspolitischen Umfeld geformt, das durch die Dynamik des vielschichtigen und ebenenübergreifenden Zusammenspiels zwischen lokalen und EU-Normen und Diskursen bezüglich Nationalität, Geschlecht und Sexualität geprägt ist. Seit seiner Gründung ist es Accept gelungen, durch seine Politik und den Einsatz von Diskursen und Praktiken, die von EU-Institutionen und transnationalen LGBTI-NROs gefördert werden, die Anerkennung einiger LGBTI-Rechte zu erreichen. Außerdem hat sie wichtige Schritte unternommen, um das soziale Bewusstsein für die Ungleichheiten im Zusammenhang mit LGBTI-Personen und für die Notwendigkeit, diese Ungleichheiten zu beseitigen, zu stärken. Eine wichtige Rolle in diesem Prozess war die Nutzung von Möglichkeiten und Instrumenten, die den lokalen Aktivistinnen durch den EU-Beitritts- und Europäisierungsprozess der RZ geboten wurden. Wie dieser Bericht zeigt, tragen nationale und transnationale Diskurse und Paradigmen, wenn sie von lokalen Akteuren aktiv eingesetzt werden, dazu bei, Reflexivität und ein intersektionales Bewusstsein zu kultivieren, das eine intersektionale Politik für LGBTI-Personen anregt. Diese Politik gewinnt zunehmend an Bedeutung und schwächt die intra- und interethnischen Spaltungen innerhalb von Gruppen, die Privilegierung von Heterosexualität und Zisexualismus sowie die essentialistischen Vorstellungen von Nationalität, ethnischer Identität und kollektivem Selbst.

Trotz jüngster rechtlicher und politischer Entwicklungen, die auf die Bereitschaft hindeuten könnten, Forderungen nach LGBTI-Gleichstellung nachzukommen und LGBTI-Themen als politische Themen zu behandeln, basiert die Politik in Zypern nach wie vor auf heterozentrischen und ziszentrischen Vorstellungen und Praktiken. Die zögerliche Durchsetzung des Gesetzes über Hassreden in Bezug auf homophobe und transphobe Äußerungen von führenden Repräsentanten der orthodoxen Kirche Zyperns ist ein Hinweis auf dieses Phänomen sowie auf die Tatsache, dass der Begriff der Menschenrechtsverletzungen in der Republik Zypern weiterhin durch die Leiden definiert wird, die die ethnonationale Gemeinschaft durch ihren ethnischen Feind erfährt, während die Menschenrechtsverletzungen des Staates und der ethnonationalen Gemeinschaft gegen ihre geschlechts- und sexualitätsunkonformen Mitglieder nicht anerkannt werden.

Aber nicht alles sieht so düster aus. Sexualität und Geschlecht bleiben Bereiche der Handhabung, der Eindämmung, Regulierung und Konformität, aber auch des Widerstands. Selbst an Orten, die durch ethnische Spaltungen und Konflikte gekennzeichnet sind, wie Zypern, hat ein LGBTI-Aktivismus, der ethnische und andere Spaltungen überwindet, die Fähigkeit, Diskurse von sterilem Gruppismus und nationaler Exklusivität zu destabilisieren und ein kollektiveres und inklusiveres Verständnis von Identität und Staatsbürgerschaft zu fördern. In Zypern, wie auch andernorts, haben Lücken in den nationalen rechtlichen und politischen LGBTI-Schutzrahmen und der Widerstand gegen die Gleichberechtigung von LGBTI durch mächtige sozioökonomische, politische und institutionelle Akteure dazu beigetragen, Räume für die kollektive Rückbesinnung auf die LGBTI-Politik zu schaffen, die die intersektionelle Ungerechtigkeit herausfordert und die interethnische und transnationale LGBTI-Mobilisierung verstärkt. Eine solche LGBTI-Mobilisierung und politische Organisation wird möglich durch den Raum, der sich öffnet, wenn nationale und transnationale Diskurse und Paradigmen verschmelzen, sich kreuzen oder kollidieren (Kamenou, 2011; Kamenou, 2012; Kamenou, 2016; Kamenou, 2019a; Kamenou, 2019b; Kamenou, 2020).

Die hier gebotenen Einblicke könnten LGBTI-AktivistInnen, Rechts- und Politikverantwortlichen sowie WissenschaftlerInnen helfen, die komplexen Prozesse für die Handlungs- und Politikgestaltung der LGBTI-Gemeinschaft nuancierter zu erforschen und zu behandeln. Des Weiteren könnten sie die Entwicklung von rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen unterstützen, die dem jeweiligen Kontext angemessen sind und das Leben von LGBTI-Personen grundlegend verändern. Darüber hinaus könnten diese Erkenntnisse hilfreich sein, um unterdrücktes Wissen zu entkolonialisieren, neue politische Möglichkeiten zu ermöglichen und Praktiken zu entwickeln, die LGBTI-Personen als Schöpfer ihrer Rollen in ihren Kulturen anerkennen. Die Lehren, die aus der Untersuchung der LGBTI-Bewegung in Zypern und ihrer Interaktion mit dem sozialen, politischen und kulturellen Umfeld, in welchem sie sich befindet, gezogen wurden, sind umso wichtiger, da sie auf andere nationalistische und konfliktgeplagte Gesellschaften übertragbar sind, in denen die Gleichberechtigung und die Möglichkeiten zur Ausübung der Handlungsfreiheit von LGBTI-Personen bei Weitem nicht gegeben sind. Leider gefährdet das Erwachen nationalistischer Kräfte und der Machtzuwachs von Kräften, die den hart erkämpften, aber fragilen Errungenschaften der LGBTI-Gleichberechtigung feindlich gesinnt sind, diese Möglichkeiten, selbst dort, wo sie einst als gegeben galten.

Als angeblich liberaler und demokratischer Staat sollte die Republik Zypern die Verbindungen zwischen der Anti-LGBTI-Propaganda und den Versuchen, demokratische Prinzipien zu untergraben, anerkennen und somit ihre Bemühungen verstärken, die Menschenrechte der LGBTI-Gemeinschaft sowohl rechtlich als auch inhaltlich anzuerkennen und zu schützen. Damit die zyprische LGBTI-Bewegung für diejenigen, die sie repräsentieren soll, bedeutsam bleibt, müssen sich örtliche Akteure von Graswurzelbewegungen mit Fragen der intersektionellen Marginalisierung auseinandersetzen und diese in den Vordergrund der Politik rücken, damit das Konzept des Aktivismus aus vielzähligen Stimmen und Perspektiven jenseits starrer Identitäten, Privilegien und Kennzeichen hierarchischer Differenzierung besteht.

ANHANG I

Auszug aus dem Strafgesetzbuch der Republik Zypern, der von 1960 bis 1998 die Homosexualität unter Strafe stellt. Handlungen gegen „Unnatürliche Straftaten“ wurden im Strafgesetzbuch (Kapitel 154 der Gesetze) wie folgt definiert:

Strafgesetzbuch (Kapitel 154)**Artikel 171,**

Jede Person, die die gegen die Ordnung der Natur Geschlechtsverkehr mit einer Person hat, oder einer männlichen Person erlaubt, gegen die Ordnung der Natur Geschlechtsverkehr mit ihm zu haben, macht sich einer Straftat schuldig und wird mit einer Gefängnisstrafe von fünf Jahren bestraft.

Artikel 172,

Jede Person, die mit Gewalt eine der im letzten vorstehenden Abschnitt genannten Straftaten begeht, macht sich einer Straftat schuldig und wird mit einer Freiheitsstrafe von vierzehn Jahren bestraft.

Artikel 173,

Jede Person, die versucht, eine der in Abschnitt 171 genannten Straftaten zu begehen, ist eines Verbrechens schuldig und wird zu drei Jahren Haft verurteilt. Wenn der Versuch mit Gewalt einhergeht, wird sie zu sieben Jahren Haft verurteilt.

ANHANG II

Auszug aus dem Strafgesetzbuch der türkisch-zyprischen Regierung, der von 1975 bis 2014 die Homosexualität unter Strafe stellte.

Strafgesetzbuch (Kapitel 154)**Artikel 171,**

Jede Person, die (a) mit einer anderen Person Geschlechtsverkehr hat; oder (b) dem männlichen Geschlechtsverkehr gegen die Ordnung der Natur zustimmt, begeht ein schweres Verbrechen und kann mit einer Freiheitsstrafe von 5 Jahren bestraft werden.

Artikel 172,

Diejenigen, die in Artikel 171 genannte Straftaten mit Zwang (Gewalt) begehen, könnten mit 14 Jahren Haft bestraft werden oder

Artikel 173,

Diejenigen, die versuchen, die in Artikel 171 genannten Straftaten zu begehen, begehen ein schweres Verbrechen und können mit einer Freiheitsstrafe von drei Jahren bestraft werden.

QUELLENANGABEN

- Accept – LGBTI Cyprus & Queer Cyprus, 2012.** *Auf dem Weg zur Inklusion: Gesundheitsversorgung, Bildung und das LGBT Community-Konferenzprogramm.* Nikosia, s.n.
- Accept –LGBTI Cyprus, 2014.** *Zypern Pride 2014 Offizielles Programm.* Nikosia: s.n.
- BBC News, 2016.** *Malta verbietet die „Gay-Cure“-Konversionstherapie.* [Online]
Abgerufen bei: <https://www.bbc.co.uk/news/world-europe-38230937>
[Abgerufen am 26. November 2019].
- Rechtsvorschriften über Geburt und Tod, 2/1975** (Artikel 33 Absatz 3, geändert 9/2014), 1975. [Online]
Abgerufen bei: <http://www.mahkemeler.net/birlestirilmis/2-1975.doc>
[Abgerufen am 12. November 2019].
- Fall Modinos gegen Zypern, 1993.** [Online]
Abgerufen bei: [\[Abgerufen am 20. Oktober 2019\].](https://hudoc.echr.coe.int/eng#{)
- Çavuşoğlu, H., 2007.** <http://bianet.org/bianet/toplum/100161-kibrisin-kuzeyinde-lgbt>. [Online]
Abgerufen bei: <http://bianet.org/bianet/toplum/100161-kibrisin-kuzeyinde-lgbt>
[Abgerufen Dezember 2019].
- Strafgesetzbuch, Artikel 174** (geändert 20/2014), 2014. [Online]
Abgerufen bei: http://www.mahkemeler.net/birlestirilmis/f_154.doc
[Abgerufen am 13. November 2019].
- Anwaltskammer Zypern, 2019.** Το Σύνταγμα της Κυπριακής Δημοκρατίας (*Die Verfassung der Republik Zypern*). [Online]
Abgerufen bei: <http://www.cylaw.org/nomoi/enop/non-ind/syntagma/full.html>
[Abgerufen am 19. November 2019].
- Diez, T. & Tocci, N., 2009.** *Zypern: Ein Konflikt am Scheideweg.* Manchester: Manchester University Press.
- Vorstellen der Vielfalt, 2018 [Online]
Abgerufen bei: <http://www.yeniduzen.com/envision-diversity-bahar-sempozyumlari-basliyor-87280h.htm>
[Abgerufen am 27. November 2019].
- Ethemer, E., 2014.** *Yaşadığımız Toplum 'Hoşgörülü' Değil.* [Online]
Abgerufen bei: <http://www.kibrispostasi.com/index.php/cat/35/news/148092>
[Abgerufen 2019].
- Ethemer, E., 2018.** *Tacizler durmalı.* [Online]
Abgerufen bei: <https://www.diyaloggazetesi.com/kibris/tacizler-durmali-h59799.html>
[Abgerufen Dezember 2019].
- Evrpidou, S., 2013.** *Ehrung für einen Aktivistin, der zwei Jahrzehnte für die Rechte der Schwulen gekämpft hat.* [Online]
Abgerufen bei: <https://cyprus-mail.com/old/2013/12/17/honour-for-activist-who-battled-two-decades-for-gay-rights/>
[Abgerufen am 23. Oktober 2019].
- Featherstone, K., 2000.** Zypern und der Beginn der Europäisierung: Strategische Nutzung, Strukturwandel und institutionelle Anpassung. *Südeuropäische Gesellschaft und Politik*, 5 (2), Seiten 141-164.
- H.Ç. v. Turkey** (2014).
- Hatzivasilis, M., 2019.** Πόρισμα Αστυνομίας: Αθώος ο μητροπολίτης Μόρφου (*Polizeibericht: Unschuldig ist der Bischof von Morphou*). [Online]
Abgerufen bei: <http://www.philenews.com/koinonia/eidiseis/article/773439/porisma-astynomias-athoos-o-mitropolitis-morfoy>
[Abgerufen am 21. November 2019].
- Helfferrich, B. & Kolb, F., 2001.** Mehrstufige Handlungskoordination in der europäischen Streitkultur: Der Fall der Europäischen Frauenlobby. In: D. Imig & S. Tarrow, eds. *Umstrittene Europäer: Protest und Politik in einer aufstrebenden Politik.* Lanham, MD: Rowman & Littlefield, Seiten 143-162.
- Human Dignity Trust, 2019.** [Online]
Abgerufen bei: https://www.humandignitytrust.org/wp-content/uploads/re-sources/HDT-TRNC-Report_web.pdf
[Abgerufen am 26. November 2019].
- Human Dignity Trust, 2019.** *Reform der diskriminierenden Gesetze über Sexualstraftaten im Commonwealth und in anderen Gerichtsbarkeiten: Fallstudie Nordzypern, s.l.:* Human Dignity Trust.
- ILGA-Europe, 2009.** *ILGA-Europe.* [Online]
Abgerufen bei: <https://ilga-europe.org/what-we-do/our-work-supporting-movement/funder/ilga-europes-documentation-and-advocacy-fund-4>
[Abgerufen am 3. November 2019].
- ILGA-Europe, 2011.** *Rainbow Europe Länderindex, Mai 2011.* [Online]
Abgerufen bei: https://www.ilga-europe.org/sites/default/files/Attachments/map-b_side.pdf
[Abgerufen am 20. November 2019].
- ILGA-Europe, 2019.** *ILGA-Europe Regenbogenkarten-Index.* [Online]
Abgerufen bei: https://www.ilga-europe.org/sites/default/files/Attachments/rainbowmap2019online_0_0.pdf
[Abgerufen am 20. November 2019].
- Jenkin, M., 2012.** *Gay Star News.* [Online]
Abgerufen bei: <https://www.gaystarnews.com/article/cashman-calls-end-gay-ban-northern-cyprus160412/>
[Abgerufen am 17. November 2019].
- Johnson, P., 2012.** *BBC News.* [Online]
Abgerufen bei: <https://www.bbc.com/news/world-europe-16840318>
[Abgerufen am 25. November 2019].
- Kamenou, N., 2011.** Schwul auf Zypern: Nationale Identität und die Konstruktion von Geschlecht und Sexualität. In: L. Downing & R. Gillet, eds. *Queer in Europe.* Surrey; Burlington, VT: Ashgate, Seiten 25-40.
- Kamenou, N., 2012.** *Zypern ist das Land der Helden, nicht der Homosexuellen“: Sexualität, Geschlecht und Nationalität auf Zypern. Dissertation,* London: King’s College London. Abgerufen bei: [https://kclpure.kcl.ac.uk/portal/en/persons/nayia-kamenou\(56025d9e-216f-43d4-a117-30872af09927\)/theses.html](https://kclpure.kcl.ac.uk/portal/en/persons/nayia-kamenou(56025d9e-216f-43d4-a117-30872af09927)/theses.html).
- Kamenou, N., 2016.** Sexuelle Politik – Parteipolitik: Die Regeln des Umgangs im Fall Zyperns. In: G. Charalambous & C. Christophorou, eds. *Die Beziehungen zwischen Partei und Gesellschaft in der Republik Zypern: Politische und gesellschaftliche Strategien.* London; New York, NY: Routledge, Seiten 129-148.
- Kamenou, N., 2019a.** Feminismus auf Zypern: Feministische Organisationen, Gender und Frieden im Schatten des Nationalismus. *Internationale Feministische Zeitschrift für Politik. Zuerst online.* DOI: 10.1080/14616742.2019.1687000.
- Kamenou, N., 2019b.** Sexualität, Geschlecht und die (Neu-) Gestaltung von Modernität und Nationalität auf Zypern. *Internationales Forum der Frauenforschung, Band 74,* Seiten 59-67.
- Kamenou, N., 2020.** Schwierige Schnittpunkte: Nationalismus und die LGBTIQ-Bewegung in Zypern. In: E. Evans & E. Lepinard, eds. *Intersektionalität in feministischen und Queer-Bewegungen: Konfrontation von Privilegien (Routledge Fortschritte in Feministischen Studien und Intersektionalität; New York, NY: Routledge, pp. 162-185.*
- Kapsou, M., Christophi, A. & Epaminoda, M., 2011.** *Sexuelle Orientierung in Zypern: Erfassung des gesellschaftspolitischen Klimas, der Erfahrungen und Bedürfnisse*, s.l.: Accept LGBTI CY; Familienplanungsverband Zypern.
- Kibris Gazetesi, 2018.** [Online]
Abgerufen bei: <https://www.kibrisgazetesi.com/kultur-sanat/alman-kuir-film-festivali-basliyor-h37798.html>
[Abgerufen am 26. November 2019].
- Kibris Postasi, G., 2011.** *Kibris Postasi.* [Online]
Abgerufen bei: https://www.kibrispostasi.com/c35-KIBRIS_HABERLERI/n64950-TDP-dogaya-aykiri-iliski-yasasinin-iptali-icin-Bozere-onerge-sundu
[Abgerufen am 25. November 2019].
- Kyris, G., 2011.** T Die Türkei, Zypern und die türkisch-zyprischen politi-

schen Parteien: die vergänglichen. *Türkei-Politik vierteljährlich*, 10(2), Seiten 97-105.

LGBT+ Konservative, 2013. *Konservativer Europaabgeordneter sichert die Entkriminalisierung der Homosexualität in Nordzypern*. [Online] Abgerufen bei: <https://www.lgbtconservatives.org.uk/news/conservative-mep-secures-decriminalisation-homosexuality-northern-cyprus> [Abgerufen am 11. Dezember 2019].

Mantis, S., 2014. Εφαρμογή Συμμετοχικής Δράσης –Ένα πειραματικό ταξίδι στις πραγματικότητες της ΛΟΑΤ κοινότητας της Κύπρου (Umsetzung der partizipatorischen Maßnahmen - Eine experimentelle Reise zu den Realitäten der zyprischen LGBT-Gemeinschaft). In: Σεξουαλικότητα: Απόψεις, Μελέτες και Βιώματα στον Κυπριακό και Ελλαδικό χώρο (*Sexualität: Ansichten, Studien und Erfahrungen im zyprischen und griechischen Raum*). Athens, Greece: Colourful Planet.

Marks, G. & McAdam, D., 1999. Zum Verhältnis von politischen Möglichkeiten zur Form des kollektiven Handelns: Der Fall der Europäischen Union. In: D. della Porta, H. Kriesi & D. Rucht, eds. *Soziale Bewegungen in einer sich globalisierenden Welt*. New York, NY: St. Martin's Press, Seiten 97-111.

Die Verfassung von Nordzypern, 1975. *Mahkemeler*. [Online] Abgerufen bei: <http://www.mahkemeler.net/cgi-bin/anayasa/aing.doc> [Abgerufen am 17. November 2019].

Ombudsman, 2017. *Ombudsman*. [Online] Abgerufen bei: <https://ombudsman.gov.ct.tr/BA%5%9EVURU-RA-PORLARI/ArtMID/38993/ArticleID/94269/Ombudsman-Emine-Dizdarl%C4%B1-Envision-Diversity-Derne%C4%9Finin-raporunu-yay%C4%B1nlad%C4%B1> [Abgerufen am 26. November 2019].

Strafgesetzgebung (Kap. 154/151F,152G,172), 2014. [Online] Abgerufen bei: http://www.mahkemeler.net/birlestirilmis/f_154.doc [Abgerufen am 11. November 2019].

PlanetOut, 1998. *Zypern hebt das Sodomiegesetz auf*. [Online] Abgerufen bei: <https://web.archive.org/web/20030712083343/http://www.planetout.com/news/article.html?1998/05/21/1> [Abgerufen am 23. October 2019].

Polycarpou, D., 2010. *Landesreport 1, 2010: Zur Situation der LGBT-Menschen in Zypern*, s.l.: s.n.

Psillides, C., 2014. *Zypern-Rallye läuft durch Nord-Nikosia*. [Online]

Abgerufen bei: <https://cyprus-mail.com/old/2014/09/04/cyprus-rally-to-run-through-north-Nikosia/> [Abgerufen am 3. November 2019].

Psillides, C., 2014. *Die Gay Pride Parade ärgert die Heilige Synode*. [Online] Abgerufen bei: <https://cyprus-mail.com/old/2014/05/16/gay-pride-parade-irks-holy-synod/> [Abgerufen am 20. Oktober 2019].

Queer Cyprus, 2017. [Online] Abgerufen bei: <https://www.queercyprus.org/en/unspeakable/> [Abgerufen am 27. November 2019].

Gesetz über Sexualdelikte von 1967 (Kap. 60), n.d. [Online] Abgerufen bei: http://www.legislation.gov.uk/ukpga/1967/60/pdfs/ukpga_19670060_en.pdf [Abgerufen am 1. November 2019].

TGEU – Transsexuelles Europa, n.d. *Rechtliche Anerkennung des Geschlechts*. [Online] Abgerufen bei: <https://tgeu.org/issues/legal-gender-recognition/> [Abgerufen am 25. November 2019].

Das Adoptionsgesetz, 1954. *Mahkemeler*. [Online] Abgerufen bei: http://www.mahkemeler.net/birlestirilmis/f_274.doc [Abgerufen am 22. November 2019].

Yannakoudakis, M., 2013. *Der Londoner Europaabgeordnete begrüßt die Fortschritte bei der Aufhebung des Schwulenverbots in Zypern*. [Online] Abgerufen bei: <http://www.marinayannakoudakis.com/london-mep-welcomes-progress-in-cyprus-gay-ban-repeal/> [Abgerufen am 26. November 2019].

Νόμος που προνοεί για τη σύναψη Πολιτικής Συμβίωσης (N184(I)/2015), 2015. s.l.:s.n.

Ο περί Ποινικού Κώδικα Νόμος (ΚΕΦ.154/99Α) – Strafgesetzgebung (Kap. 154/99A), 2015. [Online] Abgerufen bei: http://www.cylaw.org/cgi-bin/open.pl?file=nomoi/enop/ind/0_154/section-sc6b5f2a28-2aba-4385-6ce7-07d5b97c9d6f.html [Abgerufen am 22. November 2019].

Ο περί Προσφύγων Νόμος του 2000 (6(I)/2000) – Das Flüchtlingsgesetz von 2000 (6 (I) / 2000), 2000. *Zyprische Anwaltskammer*. [Online] Abgerufen am 26. November 2019].

ABOUT THE AUTHORS

Nayia Kamenou ist stellvertretende Direktorin des Media Discourse Centre und VC2020-Dozentin an der Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften an der De Montfort University (DMU), Leicester, Großbritannien. Bevor sie sich der DMU anschloss, absolvierte Dr. Kamenou ein Forschungsstipendium am Centre for Hellenic Studies, King's College London, und war als Dozentin am Institut für Sozial- und Politikwissenschaften der University of Cyprus tätig. Ihre Forschung konzentriert sich weitgehend auf Gender und Sexualität.

Costa Gavrielides ist Mitbegründer von Accept – LGBTI Cyprus und war von 2012 bis 2017 der erste gewählte Präsident. Von 2014 bis 2018 war er auch Vorstandsmitglied der ILGA-Europe. Er leitete die Ausrichtung des ersten Zypern Pride Festivals im Jahr 2014 und in den folgenden Jahren bis 2017. Er setzte sich aktiv für das im Jahr 2015 in Zypern verabschiedete Gesetz über Lebenspartnerschaften sowie für die Strafverfolgung homophober und transphober Hassreden und Gewalt ein. Seit 2018 ist er Berater des Präsidenten der Republik Zypern für Fragen des Multikulturalismus, der Akzeptanz und des Respekts für Vielfalt, und er setzt sich aktiv für die Verabschiedung eines Gesetzes zur rechtlichen Anerkennung der Geschlechter in der Republik Zypern ein.

Enver Ethemer ist ein unabhängiger Forscher und Mitbegründer von Envision Diversity, einer LGBTI-Organisation in Nordzypern. Enver war in der Zivilgesellschaft in Nordzypern aktiv und hat sich hauptsächlich auf die Aufklärung und das Eintreten für die Rechte von LGBTI-Personen, die Gleichstellung der Geschlechter, sexuelle Gesundheit und Menschenrechte für benachteiligte Gruppen konzentriert. Enver hat sich mit vielen gender- und rechtsbasierten Gruppen im Norden beschäftigt und seine Forschung fokussiert sich hauptsächlich auf Gender, Sexualität und Menschenrechte.

Okan Bullici ist Psychologe und Mitbegründer von Envision Diversity, einer LGBTI-Organisation in Nordzypern. Okan hat sich aktiv für den Fortschritt der geistigen Gesundheit, Sexualität, LGBTI-Personen und Menschenrechtsfragen in Nordzypern eingesetzt. Er organisierte Veranstaltungen, Seminare und Schulungen für verschiedene Berufsgruppen, darunter Psychologiestudenten, Berater und Sozialarbeiter, zu Fragen der sexuellen Orientierung, der Geschlechtsidentität und der Diversität. In Zusammenarbeit mit der Gemeinde Kyrenia organisierte er auch Aktivitäten mit Bezug auf Gender und Frauenrechte.

IMPRINT

Friedrich-Ebert-Stiftung
Büro Zypern
20 Stasandrou, Apt. 401 | 1060 Nikosia | Zypern

Verantwortlich:
Hubert Faustmann | Leiter
Phone: +357 22 37 73 36
www.fescyprus.org

Email:
office@fescyprus.org

© Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) 2019
Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung des des/der Urheberrechtsinhaber(s) in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.



DIE LGBTI-BEWEGUNG IN ZYPERN

Aktivismus, Rechte und Wandel über die Spaltung hinweg

In Zypern haben Kolonisierung, eine ethnische Spaltung und der Einfluss konservativer gesellschaftspolitischer Akteure die Entstehung und Entwicklung einer LGBTI-Bewegung zum Stillstand gebracht. Die Mitgliedschaft der Republik Zypern in der Europäischen Union (EU) im Jahr 2004 hat Veränderungen in den politischen Möglichkeiten und Strukturen bewirkt, welche die Mobilisierung von LGBTI-Gruppen auf beiden Seiten der Insel, die nach wie vor über die ethnischen Grenzen hinweg geteilt ist, begünstigt haben. Die griechisch-zyprischen und türkisch-zyprischen LGBTI-Aktivist*innen nutzen die Instrumente und Chancen, die ihnen von europäischen Institutionen und regionalen LGBTI-Organisationen zur Verfügung gestellt werden, um auf die Anerkennung der LGBTI-Rechte im Süden bzw. im Norden der Insel zu bestehen, und haben sich über die

ethnischen Grenzen hinweg für die Gleichstellung von LGBTI-Personen eingesetzt. Trotzdem muss an der Gleichberechtigung von LGBTI-Personen in Zypern immer noch gearbeitet werden. Obwohl Homosexualität im Norden entkriminalisiert wurde, sind die Fortschritte der LGBTI-Rechte im Norden nach dem Wegfall des Momentums seit Mitte der 2000er Jahre, der Aussicht auf die Wiedervereinigung der Insel und der Aufnahme des Nordens in die EU nur schleppend, in einem sich wandelnden politischen Diskurs gefangen und durch starre Strukturen behindert worden. In der Republik Zypern waren LGBTI-Aktivist*innen in gewisser Weise erfolgreicher bei der Durchsetzung positiver rechtlicher Änderungen, wie etwa der Entkriminalisierung von Homosexualität, der Gesetzgebung zu Hassreden, gleichgeschlechtlichen eingetragenen Lebenspartnerschaften

und einem Gesetz zur Geschlechtsidentität. Auf beiden Seiten der Insel haben die Entscheidungsträger jedoch nur langsam – oder gar widerwillig – die nationale Gesetzgebung an die EU- und internationalen Rechtsstandards angeglichen. Darüber hinaus waren die vom Staat eingeleiteten Versuche, die soziale und kulturelle Ausgrenzung von LGBTI-Personen zu bekämpfen, begrenzt. Es sieht jedoch nicht alles düster aus, denn seit Anfang 2010 ist eine pan-zyprische LGBTI-Bewegung im Aufbruch, die ihre Bemühungen nicht nur um die rechtliche Anerkennung von LGBTI-Personen, sondern auch um grundlegende Gleichberechtigung und intersektionale Gerechtigkeit jenseits von Ethnie, Klasse, Rasse, Sexualität, Geschlechtsidentität und anderen Hierarchien nach und nach verstärkt.